

10563



AZB  
3001 Bern

Herr  
Franz Georg Meier  
Dir. Schweiz. Landesbibliothek  
Hallwylstrasse 15  
3003 Bern

## Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

<b>Herausgeberin/Redaktion</b> Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	<b>Inserate</b> TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@triscom.ch Internet www.triscom.ch	<b>Layout/Druck</b> NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

26. Jahrgang. Erscheint monatlich.

### Inhalt



#### FDP-Arbeitnehmer-Plattform

Eine neue Plattform soll die FDP-Arbeitnehmer besser organisieren. **3**



#### Stammzellenforschung

Arzt und Politiker Felix Gutzwiller fühlt sich verpflichtet, unheilbar Kranken die Hoffnung nicht zu nehmen. **7**



#### Welchen Staat wollen wir?

FDP-Präsident Rolf Schweizer plädiert für die Unabhängigkeit der Staatsgewalten. **8**



#### DV Martigny

Die FDP-Delegierten wollen eine einheitliche Volksschule – Schweizweit! **12/13**

# Griffige Instrumente sind nötig

## Die Asylpolitik aus Sicht der Kantone

«Bauchentscheid gegen Jugos» titelte der «Blick» nach der gescheiterten Einbürgerungsabstimmung. Welche Motive nun tatsächlich zum teils wuchtigen Nein geführt haben, sei dahingestellt. Eines ist jedoch sicher: Das Volk hat in der Ausländerpolitik viel Vertrauen in die Behörden verloren.

Von Regierungsrätin Karin Keller-Sutter, Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartementes des Kantons St. Gallen



Karin Keller-Sutter

Die Stimmenden glauben nicht mehr, dass die Behörden tatsächlich gewillt sind, gegen Missstände vorzugehen. Ob diese Missstände im Asylwesen oder in der Ausländerpolitik auftreten, ist dabei nicht von Belang. Wichtig ist, dass dieser Vertrauensverlust aufgehoben wird. Dies setzt voraus, dass der Gesetzgeber den Behörden wirksame Mittel zur Verfügung stellt, um Missbräuche zu verhindern und zu bekämpfen. Der Bundesrat hat kürzlich eine Zusatzbotschaft zur Asylgesetzrevision verabschiedet, die von der Mehrheit der Kantone begrüsst wurde. Die darin enthaltenen Massnahmen sind überfällig und decken sich weitgehend mit den Forderungen der Kantone. Ob-

ders ärgerlich, weil eine stattliche Anzahl der zur Ausreise verpflichteten Personen straffällig ist (Drogenhandel, Diebstahl). Dass insbesondere straffällige Personen mangels Papieren nicht weggewiesen werden können, stösst in der Bevölkerung zu Recht auf Unverständnis.

#### Wegweisungen durchführen

Ich bedaure denn auch, dass der Bundesrat die vom EJPD vorgeschlagene Durchsetzungshaft nicht weiterverfolgen will. Die im geltenden Ausländerrecht vorgesehenen Zwangsmassnahmen sehen vor, dass zur Sicherstellung einer Wegweisung nur Personen in Haft genommen werden dürfen, bei denen damit gerechnet werden kann, dass eine Ausschaffung in absehbarer Zeit tatsächlich durchführbar ist. Heute ist die Situation so, dass es der Inhaftierte mit seinem Verhalten selbst in der Hand hat, seine Ausschaffung zu verhindern. Verhält er sich renitent, gibt er weder Herkunft noch Identität bekannt, ist eine Ausschaffung nicht mehr möglich

und somit eine Haftanordnung unzulässig. Sogar das Bundesgericht hat ausgeführt, dass es nun am Gesetzgeber sei, diese unbefriedigende Situation gesetzlich zu ändern. Die Durchsetzungshaft hätte diese Lücke geschlossen. Diese Haftform ist zudem in der Europäischen Menschenrechtskonvention ausdrücklich vorgesehen. Die betroffene Person soll damit dazu gebracht werden, eine behördliche Anordnung zu befolgen (z. B. Mitwirkung bei Papierbeschaffung). Damit hat es die inhaftierte Person jederzeit in der Hand, die Haft selbst zu beenden. Die Anordnung und Durchführung der Durchsetzungshaft untersteht zudem einer unabhängigen richterlichen Kontrolle. Eine solche unbegrenzte Haftdauer existiert zurzeit in sechs EU-Staaten.

#### Renitenz wird belohnt

Bedauerlich ist überdies, dass der Bundesrat die Neueinführung des Status der humanitären Aufnahme nicht gestrichen

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

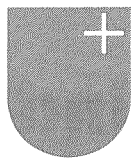
hat. Dieser neue Status sieht vor, dass eine Person, die während vier Jahren nicht weggewiesen werden kann, eine privilegierte Stellung erhält (z. B. Arbeitserlaubnis, Familiennachzug), und zwar unabhängig davon, ob sie bei der Wegweisung mit den Behörden zusammengearbeitet hat oder nicht. Mit diesem Konzept wird die Renitenz belohnt, und es werden unwiderrufliche Automatismen geschaffen. Die humanitäre Aufnahme überzeugt nicht. Die heutige Regelung mit vorläufiger Aufnahme und eventuell späterer humanitärer Aufenthaltsbewilligung genügt in der Praxis vollständig. Sollte der Gesetzgeber dennoch nicht auf eine Neuregelung verzichten wollen, wäre der Vorschlag des EJPD, wonach vorläufig Aufgenommenen nach drei Jahren eine verbesserte Rechtsstellung gewährt wird, sofern sie mit den Behörden zusammenarbeiten, das kleinere Übel. Damit würde immerhin ein Anreiz geschaffen, dass Asylsuchende ihre Reisepapiere abgeben. In der Praxis zeigt sich zudem, dass der grösste Teil der später anerkannten Flüchtlinge Reisepapiere abgeben und mit den Behörden zusammenarbeiten.

Die bevorstehenden Entscheide im Asylwesen werden nicht nur zeigen, ob die Anliegen der Praktiker aus den Kantonen Gehör finden, sondern auch, ob den Sorgen unserer freisinnigen Basis Rechnung getragen wird. ■

## Mit neuem Elan in die Zukunft

### FDP Kanton Schwyz mit neuem Parteiprogramm

Die FDP Kanton Schwyz verabschiedete an ihrer Delegiertenversammlung in Oberarth einstimmig ihr neues Parteiprogramm.



Die neue Parteileitung der FDP Kanton Schwyz mit Präsident

Kuno Kennel, Arth, hat in den letzten Wochen sämtliche 23 Ortsparteien, die beiden FDP-Regierungsräte und die Geschäftsleitungs-Mitglieder besucht. Auch die FDP-Frauen und die Jungfreisinnigen wurden in die Gespräche mit einbezogen. Basierend auf der Auswertung der Fragebogen und Interviews wurde nun ein neues Parteiprogramm erstellt – ein Programm, das die Grundwerte und die inhaltlichen Ziele neu definiert: Die FDP Kanton Schwyz will in der Finanzpolitik die steuerliche Belastung mindestens beibehalten, wo möglich senken, Subventionen und Gebühren reduzieren und den Ausbau der Verwaltung plafonieren. Im Weiteren will sie ein modernes und leistungsorientiertes Bildungswesen verwirklichen, das die Bedürfnisse der Arbeitswelt abdeckt und die Lebensweise der heutigen Familie berücksichtigt.

Durch eine intelligente Raum- und Verkehrsplanung will die FDP Kanton Schwyz eine Verbesserung der individuellen Lebensqualität und der wirtschaftlichen Rahmenbedingun-

### Zielsetzungen der FDP des Kantons Schwyz für die nächsten 4 Jahre

Die FDP des Kantons Schwyz will in der Finanzpolitik

- die steuerliche Belastung mindestens beibehalten, wo möglich senken
- die Subventionen abbauen und die Gebühren senken
- den Ausbau der Verwaltung plafonieren

Die FDP des Kantons Schwyz will in der Bildungspolitik

- ein modernes und leistungsorientiertes Bildungswesen verwirklichen, das die Bedürfnisse der Arbeitswelt abdeckt und die Lebensweise der heutigen Familie berücksichtigt

Die FDP des Kantons Schwyz will in der Raumplanungs- und Verkehrspolitik

- durch eine intelligente Raumplanung eine Verbesserung der individuellen Lebensqualität sowie der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erreichen

- durch eine koordinierte Verkehrsplanung zur Lösung unserer aktuellen Verkehrsprobleme beitragen und damit die Standortvorteile des Kantons aufrecht erhalten

- durch eine Verkürzung und Vereinfachung der Entscheidungswege im Baubewilligungsverfahren das Bauen wieder attraktiv gestalten

Die FDP des Kantons Schwyz will in der Sicherheitspolitik

- durch verstärkte Prävention die Sicherheit des Bürgers erhöhen

gen erreichen. Sie strebt eine koordinierte Verkehrsplanung an und setzt sich zudem für eine Verkürzung und Vereinfachung der Baubewilligungsverfahren ein. In der Sicherheitspolitik steht für die FDP Kanton Schwyz die Erhöhung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch ver-

stärkte Prävention im Vordergrund. Grundsätzlich hat sich die FDP Kanton Schwyz zum Ziel gesetzt, die liberalen Grundwerte wie die Eigenverantwortung jedes Einzelnen zu stärken und die Grund- und Volksrechte zu schützen. Zudem tritt sie für einen schlanken Staat ein.

Das neue Programm wurde an der Delegiertenversammlung in Oberarth in einer geheimen Abstimmung einstimmig gutgeheissen. Mehr zum neuen Parteiprogramm der FDP Kanton Schwyz gibt's im Internet unter [www.fdp-sz.ch](http://www.fdp-sz.ch) ■

## Impressum

### Schweizer Freisinn

26. Jahrgang  
Erscheint monatlich in einer beiglaubigten Auflage von 71 160 Exemplaren.

#### Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz  
Redaktion:  
Stefan Nobs (nob).  
Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.  
Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon 031 320 35 35  
Fax 031 320 35 00  
E-Mail [nobs@fdp.ch](mailto:nobs@fdp.ch)  
Internet [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

#### Inserate

TrisCom-Media AG  
Bündtenstrasse 10  
4410 Liestal  
Telefon 061 926 93 33  
Fax 061 926 93 30  
E-Mail [verkauf@triscom.ch](mailto:verkauf@triscom.ch)  
Internet [www.triscom.ch](http://www.triscom.ch)

#### Layout/Druck

NZZ Print  
Postfach, 8021 Zürich  
Telefon 01 258 15 02  
Fax 01 258 18 99  
ISDN 01 773 11 15  
(alle Protokolle)  
E-Mail [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)  
Internet [www.nzzprint.ch](http://www.nzzprint.ch)

# FDP-Plattform für Angestelltenpolitik gegründet

Als Volkspartei lässt die FDP viele Gruppierungen im internen Meinungsbildungsprozess zu Wort kommen: Die Jungfreisinnigen, die Frauen, die Wirtschaft, das Gewerbe. Die Angestellten haben sich bis heute kaum zu Wort gemeldet. Das soll sich ändern. Immerhin arbeiten 80% der Bevölkerung im Status des «normalen» Angestelltenverhältnisses.

Von Hans Furer, Präsident der FDP-Arbeitnehmer-Plattform, Basel

Wie eine Welle hat das Thema «Arbeitsplatzsicherheit» in den letzten Jahren Europa überflutet. Kein Arbeitsplatz ist mehr sicher. Der Beamtenstatus ist abgeschafft, bei den Banken und in der Chemie sind Restrukturierungen gang und gäbe. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die Menschen von Politikern auf diese entsprechenden

Fragen Antworten verlangen. Die Hauptsorgen der Schweizerinnen und Schweizer im Herbst 2000 waren Arbeitslosigkeit, Gesundheitswesen und Altersvorsorge. Zu diesem Schluss kommt das neue Sorgenbarometer, welches von gfs.bern kurz vor den Wahlen 2003 im Auftrag der Credit Suisse erhoben wurde ([www.soziotrends.ch/leben/sorgenbarometer.php](http://www.soziotrends.ch/leben/sorgenbarometer.php)). Seitens der FDP sollten nicht nur die Vertreter der

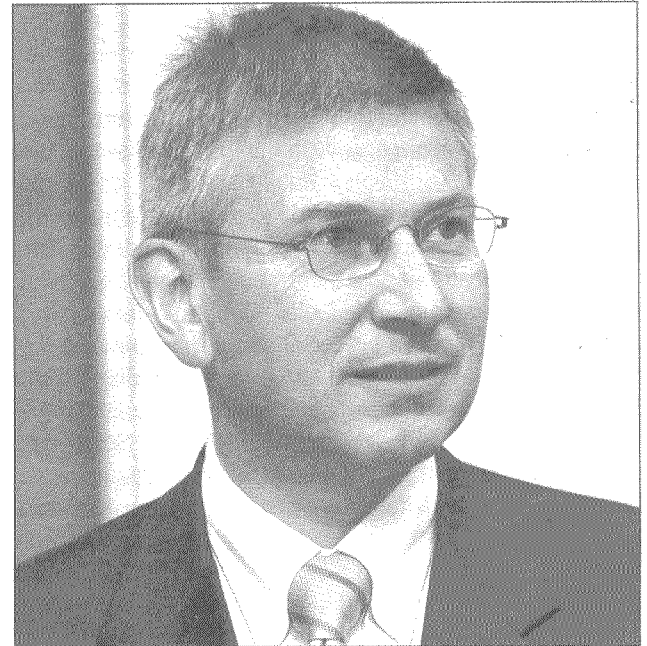
Arbeitgeber und des Gewerbes zu Wort kommen, sondern auch die Angestellten.

## Vorstellungen entwickeln – liberal und sozial

In der Bundespolitik sind es vor allem die SP und die Dachorganisationen Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) und Travail.Suisse, welche sich in sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen zu Wort melden. Die FDP ist in diesen Themen abstinent. Das soll sich nun ändern. Liberal und sozial: die FDP-Angestellten-Plattform geht vom traditionellen liberalen Gedankengut aus, will aber eine Brücke zu sozialen Anliegen, welche die Bevölkerung und die Angestellten beschäftigen, schlagen. Innerhalb der Partei soll die Gruppe einen Diskussionsbeitrag leisten und so mithelfen, die Kompetenz der Partei in diesen Fragen zu erhöhen.

## Suche nach geeigneten Mitgliedern

Die FDP-Angestellten-Plattform, welche im Kern zurzeit sechs Persönlichkeiten umfasst, will sich erweitern. Es werden in den kantonalen Sektionen weitere liberale Arbeitnehmervertreter(innen) gesucht. An Arbeit mangelt es nicht: Ein Leitbild zum Thema Angestellten- und Sozialpolitik ist in Vorbereitung. Dieses soll im Jahre 2005 veröffentlicht werden.



Hans Furer

Anlässlich der Präsidentenkonferenz vom 22. Oktober 2004 wurden die Ideen der Parteispitze vorgestellt. Diese begrüsst die Bildung der Gruppe. Als Verbindungsperson zum Generalsekretariat der FDP Schweiz ist Roman Clivaz zuständig, die Beziehung zur Bundeshausfraktion stellt Nationalrätin Christa

Markwalder sicher. Mit einer klugen Politik, die soziale Anliegen und eine freie Wirtschaft miteinander verbindet, wird die FDP mit Sicherheit bei Wählerinnen und Wählern punkten. Es handelt sich hier – eine Behauptung – um eine echte Marktlücke. Füllen wir sie. ■

## FeuerRing auf dem Achenberg



Der Achenberg liegt im Herzen des Bezirks Zurzach und ist von drei Seiten her begehbar. Unsere Mitglieder wurden gebeten, den einstündigen Fussmarsch in Gruppen zu absolvieren. Und sie taten es! Mit Tambouren und Fahnen zogen sie auf dem Festplatz ein. Eine andere Gruppe aus einer entfernten Ecke des Kantons zog es vor, per Velo einzufahren, wieder andere im stilvollen Oldtimer anzurauschen. Erwartet wurden sie von der Wina Valley Oldtime Jazzband mit Regierungsrat Peter C. Beyeler an der Klarinette,

abgelöst von der Steelband FASSINATION und zu guter Letzt auch noch von Peach Weber. Das Highlight war der riesige FeuerRing, an dem 407 Freisinnige einen Cervelat brieten – und das an der sonst schon brennenden Sonne. Das Feuer für die Regierungsratswahlen 2004 und die Grossratswahlen 2005 im Aargau ist entfacht!



## Mitglieder der Arbeitsgruppe sind:

- Dr. Hans Furer, Präsident und Geschäftsführer VSAC, und Vorstand Travail.Suisse, Basel
- Nationalrätin Christa Markwalder Bär, Burgdorf
- Susanne Bühler, Präsidentin FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst, Bern
- Thomas Schmutz, Ressortleiter Personalwirtschaft und Budgeting im Eidg. Personalamt
- Andreas Müller, Kommunikationsberater im EDI, Bern
- Vital G. Stutz, Geschäftsführer Verband Schweizerischer Angestellten-Organisationen der Maschinenindustrie (VSAM), Zürich



## Immer ein Haar in der Suppe

### Zur Kritik an der Schul-Initiative der FDP

Es ist kaum zu glauben und trotzdem leider wahr. Endlich rauft sich eine Partei zusammen und macht einen Schritt vorwärts, und schon hagelt es Kritik von allen Seiten. Angefangen bei der Salzkorn-Schreiberin, welche ihre Ängste kundtut, dass unsere Erstklässler neben Kindern sitzen müssen, welche kein Wort Deutsch verstehen, bis zum Generalsekretär der EDK, der keinen guten Faden an den Aktivitäten der FDP lässt. Sieht man genau hin, was in den vergangenen 12 Monaten in unserem Land passierte, stellt man leider fest, dass es einem Treten an Ort gleichkommt. Keinen einzigen mutigen Reformschritt schaffte das neue Parlament. Endlich, dachte ich, als ich von der Initiative der

FDP Schweiz las. Ihre Exponenten wollen an unseren Schulen Leistung fördern und fordern und Chancen verbessern. Sie haben erkannt, dass die Volksschule gefährdet ist. Ohne einschneidende Reformen verschlechtert sich die Qualität der ersten Schulstufe zunehmend. Internationale Studien (PISA) zeigen, dass die Bildungsergebnisse der Schweizer Schulen im Vergleich nicht mehr zu den besten gehören. Wir geben zwar am meisten für Bildung aus, erreichen aber nur noch mittelmässige Resultate. Darunter leidet die Qualifikation der Schulabgängerinnen und -gänger. Nun packt eine Partei das Problem an und will eine Volksschule, die allen Kindern beste Qualität, beste

Chancen und Integration bietet. Voraussetzung dafür ist ein Unterricht, der den Kindern schweizerische Werte vermittelt und Orientierung stiftet. Ich bin fest davon überzeugt, dass nur eine exzellente Volksschule den jungen Menschen die Chance gibt, in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zu bestehen. Statt die Initiative zu zerreden, hoffe ich auf die Kraft der Erneuerung. So wird es möglich, dass ein Umzug in einen anderen Kanton ohne Hindernisse und ohne Qualitätseinbussen für Familien und Lehrkräfte erfolgen kann. Es soll auch möglich werden, dass sich die Qualität des Unterrichts und der Schulen an den Besten orientiert und vergleichbar wird. Leistung muss sich für Schüler, Leh-

rer und Schulen lohnen. Je früher die Kinder Sprachen lernen, desto besser die Chancen für den Lebensweg. Das Zusammenleben mehrerer Sprachkulturen bietet einen einzigartigen Vorteil für alle, welche diese Sprachen beherrschen und diese Kulturen kennen. Für mich ist klar: Englisch ist als internationale Verkehrssprache heute für jeden Erwachsenen unabdingbar und muss deshalb landesweit als zweite Frühsprache eingeführt werden.

#### Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz  
Redaktion «Schweizer Freisinn»  
Postfach 6136  
3001 Bern  
nobs@fdp.ch

zur Norm gehört, ist für uns Ostschweizerinnen und Ostschweizer immer noch ein Wunschtraum. Dieses Beispiel zeigt deutlich: Die Kantone könnten, wenn sie wollten, die Bund gefordert. Der braucht jedoch einen konkreten Auftrag. Genau das will die FDP erreichen.

Helga Klee  
Kantonsrätin FDP  
Schulratspräsidentin  
Oberstufe Mittelrheintal  
9442 Berneck SG

### Grazie, Grazia fitg, Danke, Merci

Am 28. September hat unsere Bundeshausfraktion die FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst zum traditionellen Apéro eingeladen. Im prachtvollen Empiresaal des Ausseren Standes in Bern fanden sich rund zwanzig Fraktionsvertreterinnen und -vertreter aus fast allen Kantonen und eine schöne Anzahl Vereinigungsmitglieder ein. Zur Freude der Anwesenden liessen sich auch der Präsident der FDP Schweiz, Rolf Schweizer, und Frau Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz den Anlass nicht entgehen. Das war bunter und geballter Freisinn!

Die Stimmung am üppigen kalten Buffet war ausgesprochen fröhlich und freundschaftlich. Grosses Interesse weckten die Ansprachen der Herren Nationalräte Fulvio Pelli und Kurt Fluri. Sie hoben hervor, wie gewinnbringend ein Zusammenwirken der

Fraktion und unserer Vereinigung ist, und zeigten auf, wie das Zusammenwirken beider Seiten inskünftig gefestigt werden soll.

All unseren freisinnigen Parlamentsmitgliedern, die uns an diesem Abend trotz übervoller Agenda ihre Zeit geschenkt haben, gebührt ein ganz herzliches Dankeschön! Solche Anlässe verleihen Kraft und Fantasie für die tägliche und politische Arbeit und sind insbesondere eine grosse persönliche Bereicherung. Nicht zuletzt machen sie auch einen Teil der Strahlkraft unserer Partei aus und unterstützen uns alle im Bestreben, unsere Partei zum Wohl des Landes zu erneuern.

Susanne Bühler,  
Präsidentin FDP-Vereinigung  
öffentlicher Dienst

Anzeige

am 28. November:  
JA zur NFA  
www.fdp.ch  
**LIBERAL FDP O**  
Liberales Komitee



# Verlässliche Beziehungen sind ein Grundbedürfnis

*RADIGAL engagiert sich für das Partnerschaftsgesetz*

Ausdruck einer offenen, freiheitlichen, modernen und zukunftsfähigen Gesellschaft sei es, sagen die Befürworter. Es entspreche sowohl einem gesellschaftlichen als auch einem politischen Bedürfnis, sagt der Bundesrat. National- und Ständerat haben das «Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare», kurz Partnerschaftsgesetz, mit einer Zweidrittelmehrheit befürwortet. Und da die EDU zusammen mit der EVP das Referendum ergriffen hat, bekommt jetzt auch noch das Stimmvolk die Möglichkeit, sich zu diesem Gesetz zu äussern.

Von Lilian Schaufelberger,  
Präsidentin RADIGAL,  
Zürich

Doch was ist das für ein Gesetz? Und wozu brauchen wir es? Es entspricht einem Grundbedürfnis des Menschen, verlässliche Beziehungen zu haben und Klarheit zu schaffen. Dieses Bedürfnis ist unabhängig von der

sexuellen Orientierung. Bis jetzt mussten sich gleichgeschlechtliche Paare mit privatrechtlichen Verträgen absichern. Eine Sicherheit mit grossen Lücken und vielen Tücken. Denn diese Verträge können nur das Innenleben einer Beziehung regeln. Das Verhältnis zu Dritten sowie zum Staat bleibt davon unberührt.



Lilian Schaufelberger

## Anpassungen im Erbrecht

So besteht zum Beispiel heute keine Erbberechtigung für gleichgeschlechtliche Paare. Auch dann nicht, wenn sie schon zwanzig, dreissig oder sogar vierzig Jahre zusammengelebt haben. Das heisst, dass sich ein Paar zwar testamentarisch beerben kann, dabei muss aber der Pflichtteil berücksichtigt werden. Hinzu kommt, dass der Partner oder die Partnerin im geltenden Recht als «nicht Verwandte/r» bei den Erbschaftssteuern in der Regel den Höchstansatz zu zahlen hat. Bei einem gemeinsamen Haus kann das unter Umständen Verlust des Hauses oder Verkaufszwang bedeuten. Mit dem Partnerschaftsgesetz wird neu eine gesetzliche Erbberechtigung sowie ein Pflichtteilschutz gewährt.

## 26 Kantone dafür

Das Partnerschaftsgesetz regelt das partnerschaftliche Zusammenleben zwi-

schen zwei erwachsenen, gleichgeschlechtlichen Paaren, da wo es mit privatrechtlichen Verträgen nicht möglich ist. Das ist im Besonderen im Erbschaftsrecht, im Erbschaftssteuerrecht, im Sozialversicherungsrecht, im Ausländerrecht und im Haftungsrecht der Fall.

Das vorliegende Gesetz ist kein Schnellschuss und keine Modeerscheinung, sondern das Resultat jahrelanger Arbeit. Es geht auf eine Petition aus dem Jahre 1994 zurück. Ende der Neunzigerjahre wurden zwei umfangreiche Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Dabei haben 26 Kantone, 10 politische Parteien und 38 Organisationen zum Gesetzesentwurf mehrheitlich positiv Stellung genommen.

## Ehe bleibt unangetastet

Die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare bildet ein neues, eigenständiges Rechtsinstitut. Damit bleibt die Ehe als Fundament für die Familiengründung unangetastet. Die eingetragene Partnerschaft ist eine rechtliche Ordnung für gleichgeschlechtliche Paare, die bereit sind, für einander Verantwortung zu

übernehmen. Durch die Willenserklärung auf dem Standesamt zeigt das Paar nicht nur, dass es seiner Beziehung eine Festigkeit verleihen will, sondern verpflichtet sich automatisch auch zu gegenseitigem Beistand und Unterhaltspflicht.

Als Freisinnige können wir ein solches Gesetz nur begrüssen. Es ist nicht nur Zeichen einer toleranten und freiheitlichen Schweiz, sondern unterstützt jene, die freiwillig bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und den Staat da zu entlasten, wo es möglich ist.

## Was ist RADIGAL?

RADIGAL – für die Interessen von Lesben und Schwulen in der FDP – wurde am 30. April 2003 in Zürich gegründet. RADIGAL setzt sich für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben und Schwulen auf Basis der liberalen Grundwerte ein. Ziel von RADIGAL ist eine vollständige Integration von Lesben und Schwulen in Gesellschaft, Politik und Recht. Weitere Infos: [www.radigal.ch](http://www.radigal.ch)

Anzeige

Mit der

**triscocom**  
media ag

inserieren Sie im «Schweizer Freisinn»



Bei unserer Medienberaterin Frau Helene Renggli erhalten Sie alles aus einer Hand:

- Beratung
- Kompetenz
- Abwicklung

Rufen Sie einfach an: 061 926 93 44

TrisCom-Media AG, Bündtenstrasse 10, 4410 Liestal  
Fax 061 926 93 30, E-Mail: [verkauf@triscocom.ch](mailto:verkauf@triscocom.ch)

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg  
zum Recht.

[www.binderlegal.ch](http://www.binderlegal.ch)  
T 056 204 02 00  
T 062 832 10 50

Binder  
rechtsanwälte

## Standesinitiative der FDP Aargau zum Verbandsbeschwerderecht erheblich erklärt



Der Grosse Rat des Kantons Aargau hat am 19. Oktober 2004

eine Standesinitiative der FDP Aargau mit grosser Mehrheit erheblich erklärt. Der Vorstoss beantragt der Bundesversammlung im Rahmen der laufenden Revision des Verbandsbeschwerderechts (Art. 12 NHG und Art. 55 USG), die gesetzlichen Grundlagen betreffend Einsprache- und Beschwerderecht im Bereich des Natur- und Heimatschutzes sowie Umweltschutzes für die be-

schwerdeberechtigten Organisationen zu konkretisieren. Im Aargau sind hunderte von Millionen Franken Investitionen durch Beschwerden des VCS blockiert. Nachdem es im Aargau zu zahlreichen Missbräuchen des Beschwerderechts durch den VCS gekommen ist, sollen nicht nur im Kanton (die FDP hat auch diesbezüglich Vorstösse lanciert), sondern auch auf Bundesebene Legitimationsvoraussetzungen, Rechenschaftspflicht und Finanzierung dieser Organisationen festgelegt sowie die

Verfahrensordnung hinsichtlich Missbrauchs-bekämpfung geändert werden. Die Standesinitiative will den Bundesrat gesetzlich verpflichten, Verordnungen und andere in seiner Kompetenz liegende Rechtsgrundlagen entsprechend zu gestalten. Der viertgrösste Wirtschaftskanton will mit dieser Standesinitiative ein klares Signal nach Bern senden: Die fundamentalistische Verhinderung auch von ökologisch optimierten Projekten muss ein Ende haben.

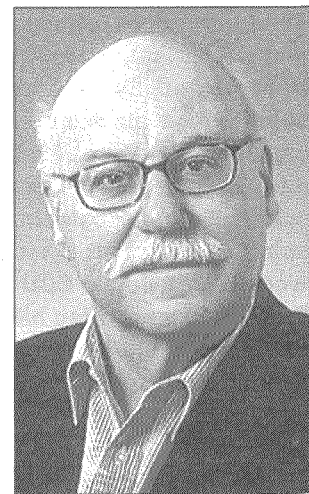
## Bündner FDP arbeitet Geschichte auf



Die FDP Graubünden hat mit dem freisinnigen Hansmartin

Schmid einen erfahrenen Historiker, Fernsehmann und Redaktor gefunden, welcher bereit ist, die Bündner FDP-Geschichte aufzuarbeiten. Ziel ist es, den Parteimitgliedern ein handliches und überschaubares Werk abgeben zu können, welches einen Überblick über die Geschichte der Kantonalpartei sowie ihrer bedeutendsten Exponenten gibt. Parallel zur Aufarbeitung der Parteige-

schichte wird auch das Parteiarchiv komplettiert, geordnet und systematisiert.



## Bammatter muss in die zweite Runde

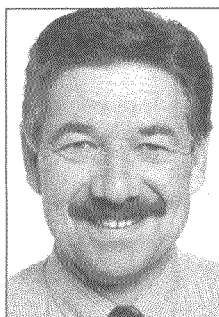


Am 26. September und am 24. Oktober fanden in den Kantonen Schaff-

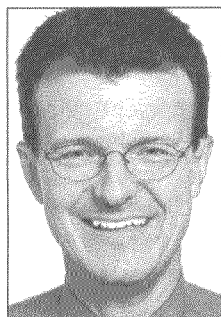
hausen und Basel-Stadt kantonale Wahlen statt. Beiderorts gehörte die FDP leider nicht zu den Gewinnern.

In Basel-Stadt verlor die FDP einen Sitz und ist nunmehr mit 17 von 130 Mandaten im Grosse Rat vertreten. Zählt man die 4 Sitzverluste (von 16 auf 12 Sitze) der Liberaldemokratischen Partei (LDP) dazu, so wiegt der Verlust umso schwerer. Wahlsiegerin ist die SP mit neu 46 Sitzen (bisher 39). Im neuen Kantonsparlament nicht mehr vertreten sind die Schweizer Demokraten; sie scheiterten an der 5%-Klausel und verloren alle 5 Mandate.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Regierungsratswahlen kommt es zu einem zweiten Wahlgang. Die Bisherigen Christoph Eymann (LDP), Jörg Schild (FDP), Ralph Lewin (SP), Carlo Conti (CVP) und Barbara Schneider (SP) wurden bereits im ersten Wahlgang gewählt. Der zweite freisinnige Kandidat, Mike Bammatter, der für den nicht wieder kandidierenden Ueli Vischer kandidiert, schaffte es auf Platz 9.



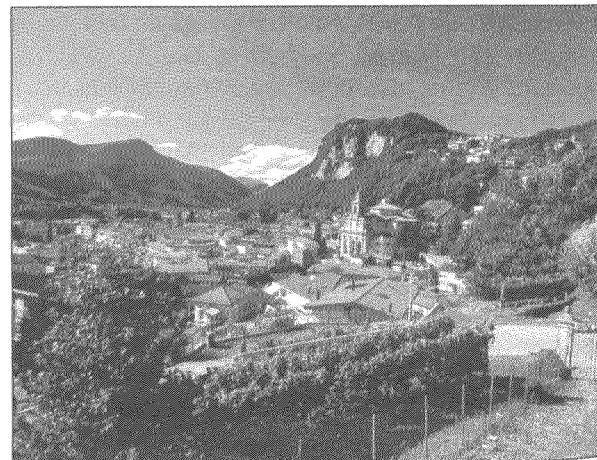
Jörg Schild



Mike Bammatter

Im Kanton des Rheinfalls büsste die FDP 2 Sitze ein und bestellt nunmehr 14 von 80 Kantonsratssitzen. Auch hier gewinnt die SP dazu und kommt neu auf 24 Mandate. Die SVP bleibt stabil bei 27 Sitzen, kann aber vom Neueinzug der JSVP profitieren, welche neu mit 3 Mandaten im Kantonsparlament sitzt. Bei den nächsten Wahlen im Jahr 2008 werden – dank kantonalen FDP-Initiative – nunmehr 60 Ratsitze vergeben werden. Die Schaffhauser Regierung wurde bereits am 29. August bestellt (diese Zeitung berichtete).

## Frühlingswochenende im Tessin?



Mendrisio – in der Bildmitte die Pfarrkirche der Heiligen Cosma und Damiano – im Hintergrund der Monte Genesio.

Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet 2005 in Mendrisio statt und dauert zwei Tage. Reservieren Sie sich das Wochenende vom 15./16. April 2005 also frühzeitig und verbringen Sie ein wunderschönes Wochenende in der Schweizer Sonnentube.

Zu gegebener Zeit werden die Delegierten vom FDP-Generalsekretariat eine Liste mit Hotelvorschlägen und Reservierungsmöglichkeiten erhalten.

## «Kontrolle statt Verbote»

*Hoffnung für Patienten und für den Forschungsplatz Schweiz*

Am 28. November entscheiden wir über die Zukunft der Stammzellenforschung in der Schweiz. Die Stammzellenforschung hat ein grosses medizinisches Potenzial und gibt zu Hoffnungen Anlass für bisher unheilbare Leiden wie Parkinson, Diabetes oder Querschnittlähmungen.

Von Nationalrat Felix Gutzwiller, Zürich



Felix Gutzwiller

Der Forschungszeitpunkt befindet sich noch im Stadium der Grundlagenforschung, deshalb kann heute noch niemand konkrete Versprechungen für die Zukunft abgeben. Das Stammzellenforschungsgesetz setzt der Forschung strenge Leitplanken, innerhalb deren künftige Entwicklungen dennoch möglich sind. Mit einem Ja zum Stammzellenforschungsgesetz setzen wir ein positives Zeichen für viele Kranke und für den Forschungsplatz Schweiz. Bereits heute werden Stammzellen in der Medizin mit Erfolg eingesetzt: So werden beispielsweise mittels Knochenmarkstransplantationen Blutstammzellen an Leukämiepatienten übertragen. Vorläufige Forschungsergebnisse zeigen, dass die Einsatzmöglichkeiten für Stammzellen weit über das bislang Bekannte hinausgehen. Es gibt begründete Hoffnungen, dass über die Stammzellenforschung

Wege gefunden werden, um Krankheiten, die heute noch als unheilbar gelten, einmal wirksam zu behandeln und geschädigte Gewebe und Organe zu regenerieren. Die Stammzellen, um welche es in der Abstimmung vom 28. November geht, stammen aus überzähligen Embryonen. Sie entstehen in seltenen Fällen bei den Verfahren zur künstlichen Befruchtung und können der Frau aus verschiedenen Gründen nicht mehr eingesetzt werden. Gemäss der aktuellen Gesetzeslage müssen überzählige Embryonen dem Schicksal überlassen und vernichtet werden. Mit dem Stammzellenforschungsgesetz schaffen wir die Möglichkeit, sie unter Berücksichtigung von ethischen Aspekten einer verantwortbaren Nutzung in der Forschung zuzuführen.

### Strenge Prüfung

Das Stammzellenforschungsgesetz ist kein Freipass für die Forscherinnen und Forscher. Es ist restriktiv und folgt konsequent dem in der Schweizer Forschungspolitik bewährten Prinzip «Kontrolle statt Verbote». So muss jedes Forschungsprojekt mit embryonalen Stammzellen eine mehrstufige strenge Prüfung durchlaufen. Nur wenn die Antragsteller glaubhaft darlegen können, dass die anvisierten Forschungsziele auf keinem anderen Weg erreicht werden können, und die zständige

Ethikkommission sowie das Bundesamt für Gesundheit ihre Zustimmung erteilen, darf das Projekt in Angriff genommen werden. Hohe Anforderungen sowie ausdrückliche Verbote schaffen klare rechtliche Verhältnisse und verhindern Missbrauch.

### Harter internationaler Forschungswettbewerb

Auch in der Stammzellenforschung ist die Schweiz keine Insel. In zahlreichen Ländern innerhalb und ausserhalb Europas wird Stammzellenforschung betrieben und gefördert. Mit dem neuen Gesetz schaffen wir für Schweizer Forscherinnen und Forscher klar definierte Rahmenbedingungen, unter welchen sie ihre viel versprechenden Projekte im eigenen Land weiterentwickeln können. Die Schweiz nimmt in der biologisch-medizinischen Forschung weltweit einen Spitzenplatz ein. Im harten internationalen

Wettbewerb der Forschungsplätze gilt es unsere führende Stellung auf dem Gebiet der Stammzellenforschung zu behaupten. Dies ist um so wichtiger, als wir in anderen Zukunftsbereichen, Beispiel Telekommunikation, bereits deutlich ins Hintertreffen geraten sind.

Etwas anderes als ein überzeugtes Ja zum Stammzellenforschungsgesetz am 28. November kommt für mich nicht in Frage. Als Arzt fühle ich mich verpflichtet, den vielen heute unheilbar kranken Menschen die Hoffnung auf wirksamere Behandlungsmöglichkeiten nicht zu nehmen. Es ist deshalb als Politiker meine Aufgabe, der Forschung auf diesem Gebiet einen Rahmen zu verschaffen, welcher die Suche nach neuen Therapien möglich macht. ■

Anzeige

**Klinik Aadorf**  
Klinische Psychotherapie

**Begleitung bei Krisen / Stress / Burnout**  
professionell, diskret, menschlich, naturnah mit vielfältigen Freizeitmöglichkeiten

**Unsere Häuser:**

- **Landhaus:** Intensive Psychotherapie im allgemeinen Bereich
- **Oase:** Station für Frauen mit Ess-/Identitätsstörungen
- **ViaNova:** neu eröffnete Station halbprivat und privat Versicherte

Krankenkassen-anerkannt für PatientInnen aus der ganzen Schweiz  
Für ein Informationsgespräch rufen Sie doch einfach an!

Dr. med. Hans König, Chefarzt  
Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH

Fohrenbergstrasse 23, 8355 Aadorf, Tel. 052 368 88 88  
www.klinik-landhaus.ch, Mail: landhaus@klinik-landhaus.ch



## Welchen Staat wollen wir eigentlich?

*Eine wichtige Debatte und alles andere als theoretisch*

**Welchen Staat wollen wir? Wie sollen unsere Institutionen aussehen? Welche direktdemokratischen Rechte haben die Bürgerinnen und Bürger? Diese Fragen wurden bei der Gründung der modernen Schweiz vor über 150 Jahren gestellt und beantwortet. Es ist aber gefährlich, diese Fragen nicht immer wieder zu stellen und in Bezug auf die veränderten Rahmenbedingungen zu beantworten.**

Von Ständerat Rolf Schweiger, Präsident der FDP Schweiz

Wir sind – zu Recht – stolz auf unsere demokratische Tradition. Wir haben uns selber demokratische Institutionen und Grundrechte geschaffen, die es allen ermöglichen, sich selbst zu entfalten und unser Gemeinwesen mitzugestalten. Aber auch ein Staat ist nichts Statisches.



Rolf Schweiger

Eine Demokratie muss sich weiterentwickeln, wenn sie vor neue Herausforderungen gestellt wird. Man denke hier nur an die Globalisierung sämtlicher Lebensbereiche oder an die allgemeine Beschleunigung (welt-)politischer Prozesse. Gleichzeitig verändert sich aber auch die Sicht auf unseren Staat.

### Torten gegen die «Classe politique»

In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, dass Bundesräte – nach ausländischem Vorbild – mit Torten und ande-

ren Lebensmitteln beworfen wurden. Dies als Tat einiger Hitzköpfe abzutun, ist etwas zu einfach. Diese Angriffe entstanden in einem politisch aufgeheizten Klima, in dem es weniger darum geht, sachlich zu kämpfen, sondern nur noch auf den Mann zu spielen. Es galt und gilt geradezu als «chic», den Bundesrat lächerlich zu machen und die so genannte «Classe politique», also vom Volk gewählte Politikerinnen und Politiker, zu verunglimpfen. Dass diese Verunglimpfungen von Mitgliedern dieser «Classe politique» geschürt werden, ist eigentlich absurd. Wer behauptet, es gehe hier nur um (schlechten) Stil, der irrt. Was bedeutet es, wenn alle vier Jahre Wahlen durchgeführt werden und man sich umgehend von den Gewählten distanzieren? Was bedeutet es, wenn die Gerichte dazu gedrängt werden, nach politischen und nicht nach juristischen Massstäben zu ur-

teilen? Was bedeutet es, wenn dem Bundesrat jegliche Legitimation zur Führung dieses Landes abgesprochen wird? Diesen und vielen weiteren Fragen in diesem Zusammenhang müssen wir uns stellen und Antworten geben, wenn wir unsere Demokratie und vor allem unseren Rechtsstaat aufrechterhalten wollen.

### Bundesrat: Gewählt, um zu führen

Unsere direkte Demokratie ist ein feines Räderwerk. Wer dabei bloss die Volksabstimmungen im Blick hat, verkennt die Realität. Es war das Volk, das zahlreiche Institutionen geschaffen hat, die sich gegenseitig kontrollieren, damit keine dieser Institutionen zu viel Macht erhält. Dadurch wird gewährleistet, dass Grundrechte eingehalten und Minderheiten respektiert werden. Das kommt uns allen zugute, denn wir alle finden uns bei der einen oder anderen Frage mit unserer Meinung in einer Minderheitenposition. Aus diesem Grund hat das Volk selber und freiwillig einen Teil seiner Macht abgetreten. Es hat beispielsweise entschieden, dass bei Verfassungsänderungen auch die Regionen einverstanden sein müssen; deshalb braucht es ein Ständemehr. Es hat entschieden, dass der Bundesrat Gesetze vorschlagen und das Parlament diese beraten soll, bevor sie allenfalls dem Volk vorgelegt werden. Das

Volk hat auch entschieden, dass eine Volksinitiative ungültig sein kann, wenn sie beispielsweise gegen die Grundrechte verstösst. Vor diesem Hintergrund ist auch die Kommentierung von Volksentscheiden durch den Bundesrat zu sehen. Weil unsere Gesetze, also unsere Regeln für das Zusammenleben, alles andere als statisch sind und die Minderheiten oft nahe bei 50 Prozent liegen, ist es ungenügend, wenn der Bundesrat das Resultat einer Volksabstimmung schulterzuckend zur Kenntnis nimmt und beharrlich schweigt. Wenn wir beispielsweise eine völlig unterschiedliche Beurteilung einer Frage in den Landesteilen feststellen, dann müssen wir versuchen, diese Unterschiede zu interpretieren. Dem Bundesrat kommt hier auch eine Führungsfunktion zu. Um zu führen, wurde die Institution Bundesrat durch das Volk eingesetzt. Wenn diese Führungsfunktion nicht mehr gewünscht wird, ist auch die Institution überflüssig. ■

### Schreiben Sie uns!

Die Debatte zum Demokratieverständnis hat einige Diskussionen ausgelöst. Die «Freisinn»-Redaktion möchte den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit bieten, sich zu diesem Thema zu äussern. Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform! Ein Auszug aus den Zuschriften werden wir in den nächsten «Freisinn»-Ausgaben publizieren.

### Folgende Regeln gilt es zu beachten:

Je kürzer die Zuschriften sind, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion

entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Es besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Korrespondenz wird keine geführt. Es werden nur Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern veröffentlicht. Senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (E-Mail oder Diskette).

### Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz  
Redaktion «Schweizer Freisinn»  
Postfach 6136, 3001 Bern  
nobs@fdp.ch

**«Die Demokratie ist so viel wert wie diejenigen, die in ihrem Namen sprechen.»**

Robert Schuman (1886–1963),  
franz. Premierminister (1947–48)  
und Aussenminister (1948–50),  
erster Präsident des Europäischen  
Parlaments (1958–60).

Michael Rothmann & Partner

# Neue Perspektiven!

[www.oekk.ch](http://www.oekk.ch)



**Öffentliche Krankenkassen  
Schweiz**

**Jung und unkompliziert.**



## Der Liberalismus ist keine Ideologie

### Politisches und Persönliches über Kurt Fluri

**Der Solothurner Stadtpräsident und Nationalrat schätzt die Heterogenität des Freisinns, in Grundsatfragen erwartet er im Interesse der Partei aber eine Unterordnung der eigenen Meinung. Gäbe es für die Schweizer Politik einen Nobelpreis, so würde er diesen an alt Bundesrat Kaspar Villiger verleihen. Überzeugen lässt sich Fluri durch uneigennütziges und weitsichtiges Denken und Handeln.**

**«Freisinn»:** Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich Ihre grösste Hoffnung?

**Kurt Fluri:** Die Fähigkeit zu selbständigem Denken und der Freiheitsdrang des Menschen werden ihn immer wieder von aufgezwungenen und sich selbst auferlegten Zwängen befreien. Deshalb wird es für den Liberalismus immer eine Chance geben.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

In unserem Land macht mir am meisten Sorge, dass eine tendenziell totalitäre SVP eine Ideologisierung der FDP bewirkt, was eine glaubwürdige, geschlossene bürgerliche Politik verunmöglicht und damit unweigerlich einen Linksrutsch zur Folge hat.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Die Schrift und die Möglichkeit, sie abzudrucken, bildeten die Voraussetzung für die Verbreitung der Aufklärung und damit die Basis für die heutigen demokratischen Gesell-



Kurt Fluri

schaften. Entbehrliche Erfindungen sind jeweils schnell wieder vom Markt verschwunden.

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Ihre kulturelle und landwirtschaftliche Vielfalt, aus welcher sich eine ebenso vielfältige Bevölkerung ergeben hat. Daraus sind ein dezentral und von unten nach oben gewachsenes Staatswesen sowie eine differenzierte Gesellschaft entstanden, welche sich nicht zentralistisch regieren und umkrepeln lässt.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Das krampfhaftes Besitzstand-Denken als Reaktion auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Ver-

teilkämpfe sowie der damit verbundene weit verbreitete individuelle und Gruppenegoismus erschweren gegenwärtig notwendige Reformen in unserem Lande erheblich.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Auch wenn wir uns gelegentlich über unsere heterogene Partei und Fraktion ärgern mögen, so ist dies doch eine zu tolerierende und auch tolerierte Äusserung unseres liberalen Gedankengutes. In einer Fraktion mit faktischem Fraktionszwang würde ich es nicht aushalten. In Grundsatfragen darf aber eine Unterordnung der eigenen Meinung im Parteiinteresse erwartet werden.

**Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?**

Den Schweizerischen Nobelpreis für Politik gäbe ich alt Bundesrat Kaspar Villiger für seine staatspolitische Haltung als Liberaler und Finanzpolitiker, der auch bei schwersten Auseinandersetzungen den Konsens gepflegt, die Konkordanz gelebt, Minderheiten berücksichtigt und unermüdlich die Notwendigkeit einer langfristig orientierten Politik gemahnt hat.

**Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?**

Ich lasse mich durch Glaubwürdigkeit überzeugen, welche auf der Übereinstimmung von Reden und Handeln und auf uneigennützigem und weitsichtigem Denken basiert.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Ich möchte mehr Zeit für meine Familie haben und mit ihr mehr Reisen unternehmen können. Für mich selbst wünschte ich mehr Zeit für staatspolitische und historische Literatur.

**Was ist Ihre persönliche Schwäche?**

Eine meiner Schwächen mag das Interesse an zu vielen Fragen unserer Zeit mit der Konsequenz sein, dass ich an zu vielen Orten und Fronten engagiert bin, um mir noch die nötige Musse zukommen lassen zu können.

**Was ist Ihre Stärke?**

Ich kenne die Politik von der Pike auf, verfüge dank meiner beruflichen Tätigkeit über eine breite politische Erfahrung und fühle mich sowohl in der Stadt als auch im Kanton Solothurn gut verankert und akzeptiert.

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

An aktivem Sport hatte ich nie grosses Interesse, und so halte ich mich heute fit, indem ich zu Fuss und mit dem öffentlichen Verkehr von einer Sitzung zur anderen eile... Meine – ebenso wichtige – geistige Fitness ist gewährleistet durch die tägliche Konfrontation mit aktuellen Fragen sowie durch die Begegnungen mit der phantasievollen Kinderwelt unserer drei Töchter.

*Das Gespräch mit Kurt Fluri führte Stefan Nobs vom GS der FDP Schweiz.*

### Kurzbiographie

**Zur Person:**

Verheiratet, 3 Töchter im Alter von 7 (Zwillinge) und 3 Jahren

**Alter:** 49 Jahre

**Beruflicher Werdegang:**

Nach der Matura Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Bern und Basel, Abschluss als lic. iur. 1981 sowie als Rechtsanwalt und Notar 1984, anschliessend 9 Jahre Anwaltschaft in Solothurn.

**Politischer Werdegang:**

1985 Gemeinderat von Solothurn, 1989 bis 2003 Kantonsrat, seit 1993 Stadtpräsident in Solothurn, 2003 Wahl in den Nationalrat



# Reformen sind dringend nötig

NR Schneider-Ammann über den Reformstau bei der Wirtschaft

In der Diskussion um eine Dringliche Interpellation betreffend die Deblockierung der Wirtschaft sagte der Berner Nationalrat Johann N. Schneider-Ammann am 6. Oktober 2004 im Parlament Folgendes:



Johann N. Schneider-Ammann

«Alle wollen eine Deblockierung der Wirtschaft, alle wollen Wachstum, die FDP allen voran. Wir haben die Notwendigkeit von Wachstum vor langer Zeit angemeldet und auch entsprechende Vorstösse eingereicht. Damals konnten es sich politische Freunde und Gegner noch leisten, uns nicht zu unterstützen. Heute ist dem richtigerweise nicht mehr so. Allerdings hinterlässt die bundesrätliche Antwort wirklich nicht den Eindruck, als wäre der Ernst der Lage erkannt und der zwingende Wille zur Reform vorhanden.

Unsere Wirtschaft ist blockiert. Lassen Sie mich drei wesentliche Momente erwähnen, die für eine Korrektur zwingend nötig sind:

1. Die Binnenkosten sind zu senken, denn sie sind auch Teil der Exportproduktkosten. Exportprodukte, die jeden zweiten Franken unser Volkswirtschaft generieren, lassen sich nicht zu jedem Preis an den internationalen Märkten verkaufen.

2. Die Marktzugänge müssen unserer Aussenwirtschaft uneingeschränkt offen stehen.

3. Der unternehmerische Freiraum und damit die Ba-

sis für Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit muss in diesem Land überdurchschnittlich grosszügig zur Verfügung stehen.

(...)  
Aus Sicht der Industrie muss ich Ihnen zurufen, dass es mir allergrösste Sorge bereitet, wenn ich sehe, dass Tausende von Arbeitsplätzen abgebaut und verlagert werden, nur weil sich dieses Land nicht rechtzeitig reformieren kann. Herr Bundesrat, ich erwarte, dass Sie die Reformen entschieden vorantreiben. Diejenigen, die jetzt die Wirtschaft dringlich deblockieren wollen, müssen aufhören, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um sich einer Öffnung im Inland zu wider-

setzen – Stichwort Kartellgesetz.

Ich frage uns: Sind wir bereit, die Schweiz zu einem einzigen Binnenmarkt auszugestalten, oder glauben wir, dass wir uns weiterhin 26 Kleinstmärkte mit 26 Rechtssystemen, 26 Schulsystemen, zig Bauordnungen usw. leisten können? Wer wirklich deblockieren will, muss die Bereitschaft aufbringen, den Pudel in diesem Land zu waschen, damit der Bär sein Revier genügend weit in den internationalen Märkten abstecken kann. Stichwort: Marktzugang. (...) Ich rede (...) vor allem vom Zugang zu den internationalen Märkten. Jetzt, wo mittels der bilateralen Verträge die Spiesse endlich einigermaßen gleich-

lang geworden sind, drohen Deblockierer links und rechts mit dem Referendum. Allein die Drohung gegenüber der Personenfreizügigkeit und gegenüber Schengen/Dublin lädt nicht zur Investition in diesem Land ein. Wird nicht investiert, so ist es schwierig, nachhaltiges Wachstum auszulösen. (...)

Ich bin davon überzeugt, dass wir auf die Vorteile – es sind deren deutlich mehr als Nachteile – durch die bilaterale Einbindung nicht verzichten können. Ich fordere Sie also auf: Deblockieren Sie den Wirtschaftsstandort Schweiz dadurch, dass Sie die Isolationsdrohungen zurückziehen. (...)

Ich ärgere mich masslos über die Auswüchse rund um das Verbandsbeschwerderecht (VBR). (...) Abschaffen will ich das VBR trotzdem nicht, denn dahinter verstecken sich nur zum Teil die Gründe für unsere blockierte Wirtschaft und das fehlende Wachstum. Wird mit dem VBR Verhinderungspolitik betrieben, so gehört dies in die Kategorie Missbrauch. (...) Damit leisten Verbände wie der VCS einen unverantwortlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Abschwung, denn jedes verhinderte Projekt ist eine verhinderte Investition, die ihrerseits hätte Arbeitsplätze generieren können.

Das VBR muss in folgenden Punkten und innert

Jahresfrist einer Korrektur unterzogen werden:

1. Die Legitimation der Beschwerdeführer muss breiter abgestützt sein; Beschwerdeführer sollen mit einer vorausbezahlten Kautio- tion ihrerseits das Risiko mittragen.

2. Die Verfahren müssen verbessert und beschleunigt werden, die Zuständigkeiten sind zu vereinfachen, eine One-Stop-Instanz zwecks Erwirkung gleichzeitiger Behandlung aller relevanten Aspekte und eine einzige Instanz mit voller Kognition sollen etabliert werden.

3. Die volle Transparenz auf der Seite der Beschwerdeführer ist eine zwingende Voraussetzung, um überhaupt ein Verfahren auslösen zu können.

Es braucht eine faktische und ideologisch vorurteilslose Neuüberprüfung des VBR. Darunter soll die Umwelt nicht leiden, die Deblockierung der Wirtschaft und das dringliche wirtschaftliche Wachstum noch viel weniger. Herr Bundesrat, es muss jetzt etwas geschehen. Nehmen Sie uns ernst, nehmen Sie die Anliegen der dringlichen Interpellation ernst. Die Pace wird vom internationalen Umfeld bestimmt; wird nicht endlich gehandelt, so riskieren wir als Unterlasser in die Wüste geschickt zu werden. Ich sage dies als Unternehmer.» ■

## Leistung fördern und fordern – Chancen verb

### Die FDP-Delegierten wollen einen einheitlichen Schulraum Schweiz

Haupttraktandum der Delegiertenversammlung in Martigny war ein Resolutionsentwurf zum Schulraum Schweiz. Bereits gut einen Monat nach der Liberalen Landsgemeinde in Stans hat die FDP-Geschäftsleitung somit den Delegierten einen konkreten Forderungskatalog vorgelegt, welcher auf einem Projekt von «Avenir radical» beruht.

Nachdem das Referententeam, bestehend aus den Nationalräten Christa Markwalder Bär (BE), Laura Sadis (TI) und Otto Ineichen (LU) sowie dem Präsidenten der FDP des Kantons Genf, François Longchamp, die Resolution vorgestellt hatte, fand eine eingehende Diskussion mit den Delegierten statt. Insbesondere die sprachlichen Minderheiten machten auf die Vorteile des jetzigen Bildungsföderalismus aufmerksam. So verwies der Tessiner Erziehungsdirektor und Vizepräsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) Gabriele Gendotti auf das bereits laufende EDK-Projekt «HarmoS», welches die wesentlichen Punkte der FDP-Resolution bereits berücksichtige. Trotzdem überwogen in der Diskussion die positiven Äusserungen zur Resolution. So wurde das Projekt «Har-

moS» der Erziehungsdirektoren grundsätzlich begrüsst, jedoch daure dieser Prozess zu lange. Deshalb solle man auch auf Bundesebene die Sache an die Hand nehmen. In der Schlussabstimmung wurde die Resolution denn auch mit 157 Ja zu 2 Nein bei 12 Enthaltungen angenommen.

Die Geschäftsleitung wird jetzt die nächsten Schritte einleiten. Präsident Rolf Schweizer erklärte, dass die allfällige Ergreifung einer Volksinitiative erneut der Delegiertenversammlung vorgelegt würde. Zunächst ist also Klinkenputzen angesagt, Nationalrat Otto Ineichen bemerkte, dass er von sich aus bereits Termine mit verschiedenen Erziehungsdirektoren vereinbart habe.

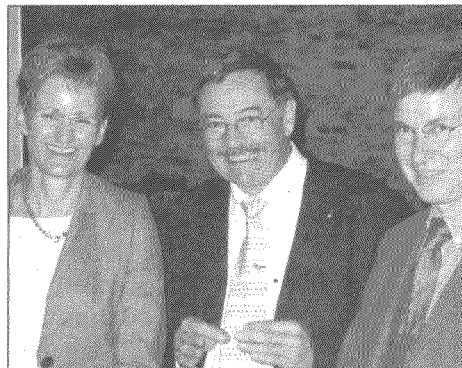
**Die einzelnen Resolutionspunkte im Überblick:**

#### 1. Wohnortwechsel ohne Hindernisse und ohne schulische Qualitätseinbussen für Familien und Lehrer!

Ein einheitliches, tiefes Schuleintrittsalter und schweizweit gleiche Stufenübergänge ermöglichen und erleichtern die Mobilität von Familien und Lehrpersonen innerhalb der Schweiz. Harmonisierte, ehrgeizige Lernziele und Lehrpläne sorgen für Schulwechsel ohne Verluste. Als Massstab gelten die qualitativ besten Schulmodelle, eine Nivellierung nach unten wäre für die FDP inakzeptabel.



Aufmerksame Zuhörer bei den Referaten: die FDP-Delegierten in Martigny.



Die Baselbieter Regierungsrätin Sabine Pegoraro mit «ihrem» Kantonalpräsidenten Peter Tober und Hans Furer, Präsident der FDP-Arbeitnehmer-Plattform (v. l. n. r.).



Zwei Generäle an einem Tisch: Simon Hofstetter, Generalsekretär der Jungfreisinnigen Schweiz, zusammen mit FDP-Generalsekretär Guido Schommer (r.) beim Nachtessen.



Freitagabend: Gemeinsames Nachtessen in Charrat bei Martigny.



Podium Stammzellenforschung: FDP-Nationalrat Felix Gutzwiller (pro), Moderator Edgar Bloch (L'Agefi) und CVP-Nationalrat Maurice Chevrier (contra).



## essern

### 2. Noten für Schüler, Lehrer und Schulen!

Die FDP will die landesweite Vergleichbarkeit der schulischen Leistungen und verlangt deshalb die (Wieder-)Einführung von Noten. Diese müssen den realen Bildungsstand der Schülerinnen und Schüler abbilden und haben sich an hohen nationalen Standards zu orientieren statt am lokalen Klassendurchschnitt. Die Qualität des Unterrichts und der Schulen muss sich an den Besten orientieren. Leistung muss sich für Schüler, Lehrer und Schulen lohnen. Um diese Leistungen vergleichbar machen zu können, muss Transparenz gewährleistet sein. Die FDP verlangt von den Lehrpersonen Professionalität und Leistungsbereitschaft. Im Gegenzug verdient der Lehrerberuf gesellschaftliche Anerkennung und berufliche Perspektiven.

### 3. Fremdsprachen früher lernen!

Die FDP will eine gute Leistungsfähigkeit aller Schulabgängerinnen und -abgänger in zwei Fremdsprachen. Je früher die Kinder Sprachen lernen, desto besser die Chancen für den Lebensweg. Das Zusammenleben mehrerer Sprachkulturen bietet einen einzigartigen Vorteil für alle, welche diese Sprachen beherrschen und diese Kulturen kennen. Das Erlernen einer zweiten Landessprache muss deshalb sehr früh beginnen. Englisch ist die bedeutendste internationale Sprache, heute für jeden Erwachsenen unabdingbar und muss deshalb landesweit als zweite Fremdsprache eingeführt werden.

### 4. Blockzeiten und Tagesstrukturen einführen!

Blockzeiten sind die erste und kostengünstigste Stufe familienergänzender Tagesstrukturen in Kindergarten und Schule. Sie stellen einen wichtigen Schritt in Richtung Chancengleichheit von Frauen und Männern dar und tragen in wesentlichem Masse dazu bei, dass sich Eltern vermehrt beruflich oder ausserfamiliär engagieren können. Bei den Tagesschulen haben die Eltern die Kosten für die Betreuung zu tragen oder sich zumindest im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran zu beteiligen. Es ist aber auch mehr Präsenz- und Betreuungszeit von den Lehrern zu verlangen, sowie grundsätzlich neue Modelle zu bedenken wie der Einbezug von Freiwilligenarbeit und/oder Elternpartizipation.



Tessiner unter sich: Gabriele Gendotti, Regierungspräsident des Kantons Tessin; FDP-Fraktionspräsident Fulvio Pelli; Ovidio Brignoni; Nationalrätin Laura Sadis (v. l. n. r.).



Das Referententeam für die Schul-Resolution: NR Christa Markwalder Bär, François Longchamp, NR Laura Sadis und NR Otto Ineichen (v. l. n. r.).



FDP-Präsident Rolf Schweizer beim Apéro mit Olivier Dumas, Vize-Stadtpräsident von Martigny, und Georges Saudan, Tourismusdirektor Martigny (v. r. n. l.).



Der Zuger Kantonalsekretär Rudy J. Wieser (links) und Ueli Bollmann.

## Parolen der FDP Schweiz

Eidg. Volksabstimmungen vom 28. November 2004

- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)
- Neue Finanzordnung (NFO)
- Stammzellenforschungsgesetz (StFG)

Ja  
Ja  
Ja

Anzeige

«Ich danke den Delegierten der FDP Schweiz für ihren Besuch in Martigny.»

Georges Saudan, Tourismusdirektor Martigny



## Neugestaltung Finanzausgleich Bund – Kantone

*Ich empfehle Ihnen ein Ja aus Überzeugung*

**Am 28. November 2004 stimmen wir über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, kurz NFA, ab. Es handelt sich hier um ein «Jahrhundert»-Projekt.**

Von Regierungsrat  
Christian Wanner,  
Vorsteher Finanz-  
departement Kanton  
Solothurn



Christian Wanner

Sollte das Projekt scheitern, müssen wir weiterhin – und wohl noch viele Jahrzehnte – mit einem Finanzausgleichssystem leben, das mit einer Vielzahl von Mängeln behaftet ist. Ein System, das die Steuerzahler viel Geld kostet, ungerecht und intransparent ist und den heutigen Ansprüchen in mehrfacher Hinsicht nicht mehr genügt. Als staatstragende Partei können wir eine solche Verschwendung nicht akzeptieren. Ich empfehle Ihnen deshalb ein überzeugtes Ja zur NFA.

Die heutige Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen und das Finanzausgleichssystem ist seit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates im Jahre 1848 historisch gewachsen. In all den Jahren ist ein «Dschungel» von Aufgaben- und Finanzierungsverflechtungen entstanden, der nicht mehr überblickbar ist, seine ursprünglichen Ziele verfehlt und viel Bürokratie bei wenig Nutzen für

die Bürgerin / den Bürger generiert. Es ist ein Wildwuchs entstanden, der längst nicht mehr überblickbar ist und ungebremst und ohne Koordination weiter wuchert, wenn wir jetzt nicht einen radikalen Schnitt vollziehen. Am 28. November 2004 haben Sie Gelegenheit, Ordnung zu schaffen und sich für effizientere und bürgerorientiertere Abläufe zu entscheiden.

Die Mängel des heutigen Systems (Fehlanreize, Doppelspurigkeiten usw.) und die Lösungen, welche die NFA diesen gegenüber stellt, können Sie im Detail der offiziellen Broschüre des Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD) und der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) entnehmen. Diese Broschüre sowie weiteres, sehr informatives Dokumentations- und Präsentationsmaterial finden Sie

auf dem Internet-Portal [www.nfa.ch](http://www.nfa.ch). Ein Besuch lohnt sich!

Ich möchte an dieser Stelle lediglich auf einen zentralen Punkt der NFA vertieft eingehen, nämlich auf deren Wirkung auf den Föderalismus.

### **Gefährdet das finanzielle Gefälle zwischen den Kantonen den Föderalismus?**

Das heutige Finanzkraftgefälle zwischen den Kantonen wird von vielen als nicht gerecht empfunden. Es ist von Schmarotzern die Rede – reiche Kantone, die Leistungen «auswärts» in Anspruch nehmen, ohne dafür zu bezahlen. Ob dies in jedem Fall auch objektiv zutrifft, sei dahingestellt. Tatsache ist, dass die grossen Finanzkraftunterschiede zwischen den Kantonen die Idee des Föderalismus zunehmend strapazieren.

Unterschiede, sei es in der finanziellen Leistungsfähigkeit von Kantonen oder auch von Privatpersonen, sind nicht grundsätzlich etwas Verwerfliches oder Unanständiges. Unterschiede fördern den Wettbewerb und damit die Entwicklung und das Gesamtwohl einer Gesellschaft. Dies wiederum entspricht einem urfreisinnigen Anliegen. Unterschiede müssen aber massvoll, nachvollziehbar und vor allem durch unterschiedliche Leistungen und eigene Verdienste begründet sein. Wenn eines dieser Kriterien nicht erfüllt ist, machen sich Missmut, Resignation und Ohnmacht breit. Auch dies gilt wiederum für den öffentlichen Bereich genauso wie für den privaten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die letzthin geführten Debatten über die Gehälter von Spitzenmanagern.

Wie sieht es nun bei den Kantonen aus? Hat die Zürcher SVP mit ihrem Plakat, auf dem der Zürcher Löwe den Berner Bären im Schubkarren vor sich herschiebt, einen wunden Punkt der NFA-Vorlage getroffen? Meiner Ansicht nach zielt diese Kampagne vollkommen an der Realität vorbei. Nicht alle Kantone und Gemeinden haben die gleichen Voraussetzungen. Das kann auch nicht das Ziel sein: Ein Finanzplatz kann nicht auf 26 Kantone und rund 2900 Gemeinden gleichmässig verteilt werden.

Ebenso wenig können wir die Alpen auf 26 Kantone zerstückeln. Weil wir dies alles nicht können und wollen, gibt es zwischen den Kantonen erhebliche Unterschiede beim Einnahmenpotenzial, die nicht auf Leistungsunterschieden beruhen. Ohne wirksames und gleichzeitig aber auch massvolles Umverteilungssystem bedeutet dies das Ende des bewährten Föderalismus. Es gäbe zunehmend Kantone, die nicht mehr in der Lage wären, ihre Aufgaben zu erledigen.

### **NFA: Ein wirksames Medikament zur Revitalisierung des Föderalismus**

Die NFA verringert das Gefälle zwischen den Kantonen wirkungs- und massvoll:

■ Die NFA sieht mit Instrument des Ressourcenausgleichs vor, dass alle Kantone über eine Grundausstattung an finanziellen Mitteln von mindestens 85% des schweizerischen Durchschnitts verfügen. Massgebend ist dabei das Steuerpotenzial und nicht die effektiven Ausgaben. Die Dotierung des Ausgleichgefässes wird alle 4 Jahre von den eidg. Räten unter Berücksichtigung eines Wirkungsberichtes neu festgelegt. Neben dem Ressourcenausgleich sieht die NFA ferner ein Lastenausgleichssystem vor: den topographisch-geographischen

einerseits, den soziodemographischen Lastenausgleich andererseits. Ersterer kommt Kantonen mit hoch gelegenen, zersiedelten Wohngebieten zugute (bspw. den Kantonen VS, GR), Letzterer wirkt sich zu Gunsten der dicht besiedelten Kantone mit ihren spezifischen Zentrumslasten aus (bspw. für die Kantone ZH, BS).

Die Ausgewogenheit der NFA zeigt sich in der Stellungnahme der Kantonsregierungen. Bis auf den Kanton Zug wird die NFA von allen Kantonsregierungen unterstützt, auch von jenen der Geberkantone Schwyz, Nidwalden, Baselland, Zürich und Genf. Zwar dürfte die Annahme der NFA im Kanton Zug zu Steuererhöhungen führen, trotzdem würde Zug das Steuerparadies der Schweiz bleiben. Die Standortqualität der Schweiz insgesamt wird damit nicht beeinträchtigt. Die Professoren Gebhard Kirchgässner und Heinz Hauser der Universität St. Gallen schreiben: «Selbstverständlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass nach einer möglichen Steuererhöhung im Kanton Zug einzelne Firmen und/oder Personen die Schweiz verlassen. Es spricht aber nichts dafür, dass dies in grösserer Zahl der Fall sein würde. Auch wenn man das Argument des Kantons Zug aus seiner Sicht heraus verstehen kann, ergibt sich daraus für die Gesamtheit der Kantone und für die Eid-

genossenschaft kein Grund, das vorgeschlagene Konzept des Neuen Finanzausgleichs nicht zu realisieren.»

## Ein JA zur NFA ist auch ein JA zum Föderalismus

Ein wirksamer Finanzausgleich, welche das als ungerecht empfundene Gefälle massvoll abschwächt, ist für die Schweiz, die Selbständigkeit der Kantone und letztlich für die Aufrechterhaltung des Föderalismus eminent wichtig. Als Alternativen werden Gebietsreformen (Kantonsfusionen) oder eine materielle Steuerharmonisierung diskutiert. In beiden Fällen kommt es zu einer Zentralisierung und zur Ausschaltung jeglichen Wettbewerbes. Diese Ansätze können nicht zum Wohle des Bürgers / der Bürgerin sein, und sie widersprechen unserem liberalen Gedankengut.

Die NFA schafft ferner Ordnung in der Aufgabenverteilung, führt zum Abbau von Doppelspurigkeiten und damit von unnötiger Bürokratie, steigert die Effizienz und fördert die bürgerorientierte Erfüllung staatlicher Aufgaben, wo dies Sinn macht. Auch all dies steht in Einklang mit unserer freisinnigen Grundhaltung.

Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen, am 28. November 2004 möglichst zahlreich an die Urne zu gehen und ein überzeugtes Ja für die NFA einzulegen. Ein Ja zur NFA ist auch ein Ja zum bewährten Föderalismus. ■

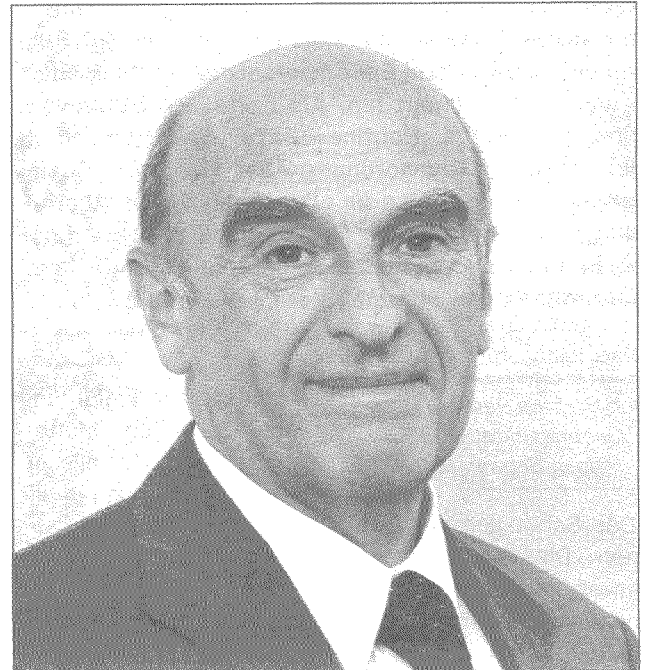
## Keine Staatsleistung ohne Einnahmen

**Nach klassischer Definition ist der Staat dazu da, das Zusammenleben der Menschen in einer verlässlichen Ordnung zu garantieren, für Rechtsfrieden und Rechtssicherheit zu sorgen und die soziale Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger zu fördern.**

Von Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher EFD

In der Schweiz – wie anderswo auch – sind die Staatsaufgaben verteilt auf die drei Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden. Im Laufe der 15 Jahrzehnte hat der Bund zahlreiche Aufgaben übernommen, welche die Kraft der Kantone überstiegen hätten. Ursprünglich finanzierte der Bund all diese Aufgaben ausschliesslich durch indirekte Steuern, erst der Zweite Weltkrieg machte die Einführung einer (direkten) Bundessteuer, damals noch Wehrsteuer genannt, erforderlich.

Für die Erfüllung seiner Aufgaben braucht der Bund die entsprechenden finanziellen Mittel. In der Verfassung wird ihm darum unter anderem das Recht eingeräumt, eine direkte Bundessteuer und eine Mehrwertsteuer zu erheben. Dieses Recht läuft aber Ende 2006 aus. Anders ist es mit den Pflichten: Sie sind weder durch Verfassung noch durch Gesetz limitiert. Soll nun aber der Bund seine Aufgaben



Hans-Rudolf Merz

weiterhin erfüllen, so kann er auf die bisherigen Einnahmen nicht verzichten. Zusammen tragen die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer zu rund 60 Prozent der gesamten Einnahmen des Bundes bei, im vergangenen Jahr waren das 29,6 Milliarden Franken.

Bundesrat und Parlament haben eine Vorlage ausgearbeitet, über die wir am 28. November 2004 abstimmen: die Neue Finanzordnung. Neu daran ist vor allem, dass der Bund sowohl die direkte Bundessteuer als auch die Mehrwertsteuer über das Jahr 2006 hinaus erheben darf. Das Parlament hat beschlossen, die beiden Steuern weiterhin zu befristen, diesmal bis zum Jahr 2020. Somit braucht der Bund in 14 Jahren wie-

derum den Segen von Volk und Ständen. Dass zudem in der Verfassung Höchstsätze festgeschrieben werden, trägt dazu bei, dass die Steuerbelastung einigermassen moderat bleibt. Das erhöht auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz.

Bundesrat und Parlament befürworten die Vorlage. Sie sichert dem Bund seine Haupteinnahmequellen auch in Zukunft. Damit kann er die ihm übertragenen Aufgaben – beispielsweise in den Bereichen soziale Wohlfahrt, Bildung und Forschung, öffentlicher Verkehr und Landwirtschaft – weiterhin wahrnehmen. ■

Quelle: Infopius Nr. 28, Newsletter des EFD, Oktober 2004

## Ein Sieg ist ein Sieg, ist ein Sieg

### Eine Nachlese zum Mutterschaftsurlaub

**Nach fast 60 Jahren Streit um einen verfassungsmässigen Mutterschutz sagt das Volk am 26. September 2004 Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft – und keiner schaut hin. Als hätte das Stimmvolk eine x-beliebige Routinevorlage durchgewunken, geht man zur Tagesordnung über. Liegt das Desinteresse breiter Kreise an einer Analyse des Abstimmungssieges darin begründet, dass ausgerechnet ein klar liberales Modell die Zustimmung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gefunden hat?**

Von Barbara Perriard,  
Generalsekretärin FDP-  
Frauen Schweiz

«Das Schweigen der Lämmer». Dies kommt einem unweigerlich im Zusammenhang mit dem 26. September in den Sinn. Man erinnere sich: Am 26. September haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nach langem und hart geführtem Abstimmungskampf der Revision des Erwerbsersatzgesetzes zugestimmt und damit

Ja gesagt zur Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs für alle erwerbstätigen Frauen in der Schweiz.

#### 08-15?

Man reibt sich schon etwas verduzt die Augen ob der Beiläufigkeit, mit welcher das Ja zur EO-Revision zur Kenntnis genommen wurde. Da besteht seit 1945 ein Auftrag in der Bundesverfassung zur Einführung einer Mutterschaftsversicherung. Drei-

mal sind unterschiedliche Gesetzesvorlagen vom Stimmvolk deutlich verworfen worden. Erst knapp 60 Jahre später ist der Durchbruch gelungen, und dennoch wird zur Tagesordnung übergegangen, als hätten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine gänzlich unumstrittene 08-15-Vorlage durchgewunken.

#### Nach geschlagener Schlacht

Bescheidenheit in Ehren, aber am 26. September haben die liberalen und reformorientierten Kräfte einen echten Sieg errungen. Und nicht zuletzt aufgrund des Einsatzes der Freisinnigen wird ein für alle Seiten fairer Mutterschaftsurlaub nun Wirklichkeit. Auch nach geschlagener Schlacht drängen sich gerade im Hinblick auf künftige gesellschafts- und familienpolitische Vorhaben verschiedene Reflektionen auf – trotz (oder gerade wegen) dem durchschaubaren Desinteresse



Barbara Perriard

einzelner Kreise an einer Analyse, warum die Schweizerinnen und Schweizer ausgerechnet diesem Modell zugestimmt haben.

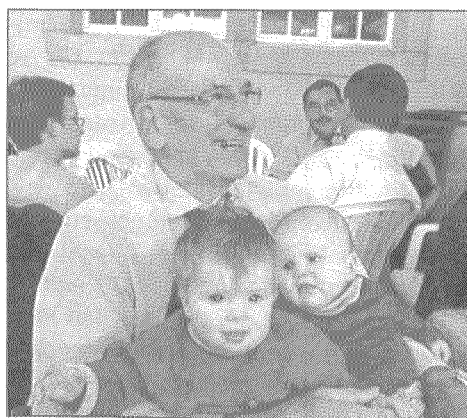
#### Liberales Erfolgsmodell

Zum einen hat sich mit dem «Modell Triponez» eine klar liberale Lösung durchgesetzt, die sowohl

### FDP-Frauen für NFA

Die FDP-Frauen sind für den Neuen Finanzausgleich. Sie wenden sich damit nicht nur gegen kantonalen Eigennutz, sondern erteilen auch denjenigen, die über die Hintertür eines NFA-Neins die materielle Steuerharmonisierung einführen wollen, eine Absage. Die Klärung und Entflechtung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kantonen führt zu einer Effizienzsteigerung bei der Erbringung von staatlichen Leistungen. Daran haben die Bürgerinnen und Bürger ein vitales Interesse.

Die FDP-Frauen nehmen die Befürchtungen von Teilen der Behindertenverbände ernst. Sie sind aber überzeugt, dass im Bereich der Behindertenbetreuung durch die Nähe des Leistungserbringers heutige Doppelspurigkeiten vermieden und dadurch finanzielle Mittel optimal eingesetzt werden können. Zudem legt der Bund Mindeststandards für die Institutionen und die Betreuung behinderter Menschen fest. Ausserdem sichern neue Rechtsansprüche Menschen mit Behinderungen zusätzlich ab.



### Grand-père Pascal!

Im Rahmen der vorletzten FDP-Delegiertenversammlung in Zofingen liess es sich Bundesrat Pascal Couchepin nicht nehmen, sich mit Aargauer Babys ablichten zu lassen. Der dreifache Familienvater Couchepin genoss es förmlich, Samira Cahenzli (links) und Lea Wiederkehr (beide ca. 8 Monate) bei sich auf dem Schooss zu haben. Ob es den beiden Babys auch so gefiel, bleibt offen.

Foto: Daniela Wiederkehr



den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch der Wirtschaft Rechnung trägt. Das Stimmvolk hat in der Vergangenheit finanzpolitischen Abenteuern und Giesskannen-Lösungen eine Absage erteilt – und wird dies auch in Zukunft tun. Die Zustimmung zur EO-Revision beweist, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger keine einseitige Betrachtung vornehmen, sondern auch die Auswirkungen einer Vorlage für die Wirtschaft mitberücksichtigen. An der Familienfreundlichkeit und gleichzeitigen Wirtschaftsverträglichkeit werden sich deshalb auch künftige Vorlagen in diesem Bereich messen lassen müssen.

## Konsens suchen

Zum anderen konnte erst mit der von Beginn weg angestrebten breiten Reformkoalition der jahrzehntelange unwürdige Streit um einen verfassungsgenügenden Mutterschutz beigelegt werden. Dies macht deutlich, dass nur über eine tragfähige Konsenspolitik Blockaden überwunden und Reformen für Land und Leute realisiert werden können.

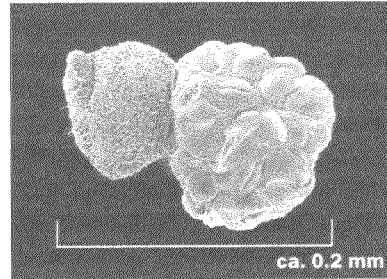
## Neid als schlechter Ratgeber

Mit Befriedigung ist schliesslich festzustellen, dass es den Gegnern nicht gelungen ist, die erwerbstätigen und die nicht erwerbstätigen Frauen sowie Frauen unterschiedlichen Alters gegeneinander auszuspielen. Dies soll ein deutlicher Fingerzeig für jene politischen Kräfte sein, die bei missliebigen Vorlagen an die Neid-Gesellschaft zu appellieren

## FDP-Frauen: Stammzellenforschung ethisch geboten

Die FDP-Frauen Schweiz sagen klar Ja zum Stammzellenforschungsgesetz (StFG). Sie erachten es als ethisch geboten, die Möglichkeiten der Stammzellenforschung zu nutzen, denn es besteht die berechtigte Hoffnung, schwere chronische Krankheiten wie Parkinson oder Alzheimer eines Tages heilen zu können. Die FDP-Frauen stellen sich damit explizit gegen die unheilige Allianz von Forschungsverhinderern und religiösen Fundamentalisten. Das Stammzellenforschungsgesetz ist eine ehrliche Lösung, welche die heute unsichere Rechtslage auf eine solide Grundlage stellt. Die Menschenwürde wird gewahrt und Missbräuche werden verhindert. Entgegen anders lautender Behauptung ist es kein Freipass für die Forscherinnen und Forscher. Eine allfällige Kommerzialisierung des weiblichen Körpers

ist ausgeschlossen. Die Forschung unterliegt vielmehr strengen Auflagen. Es geht einzig um die Forschung an embryonalen Stammzellen, nicht aber um die Forschung an Embryonen sel-



Das Bild zeigt einen Zellverband am 5. Tag nach der Befruchtung. Die Entnahme von Stammzellen zu Forschungszwecken ist nur bis zum 7. Tag erlaubt, danach ist sie ausgeschlossen. Die Forschung am Embryo selbst ist verboten.

ber. Die Herstellung von Embryonen für die Forschung sowie das Klonen sind verboten. Die Entnahme der Stammzellen darf nur bis zum 7. Tag der Zellteilung erfolgen, und zwar ausschliesslich an überschüssigen Embryonen aus der künstlichen Befruchtung. (Dabei gilt es zu bedenken, dass die in der Schweiz derzeit rund 1000 überzähligen Embryonen gemäss Fortpflanzungsmedizinengesetz vernichtet werden müssen und somit nicht zum Leben bestimmt sind.) Schliesslich braucht es für jedes Forschungsprojekt die Einwilligung der Ethikkommission sowie die Zustimmung des betroffenen Paares. Eine Ablehnung des StFG hätte nicht nur fatale Auswirkungen auf den Forschungsplatz Schweiz, sondern wäre unehrlich, und die Rechtsunsicherheit würde andauern.

belieben. Sie sind aufgefordert, sich künftig auf einen sachlichen Abstimmungskampf einzulassen.

## Weiter mit «nachhaltiger Familienpolitik»

Wer meint, mit der Einführung des Mutterschaftsurlaubes seien nun alle Ziele im Bereich der Gesellschafts- und Familien-

politik erreicht, der täuscht sich. Es besteht weiterhin Handlungsbedarf. Die Anstrengungen sind auch in Zukunft auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszurichten. Das Ja vom 26. September macht deutlich, dass der liberale Ansatz in den Augen der Bürgerinnen und Bürger Priorität hat gegenüber

bloßen Geldtransfers. Familienpolitik ist künftig nicht mehr ausschliesslich im Sinne von Armuts-, sondern vielmehr als Wachstumspolitik zu betreiben. Die FDP-Frauen unterstützen die von Bundesrat Pascal Couchepin präsentierten Grundzüge für eine «nachhaltige Familienpolitik» und fordern die Verant-

wortlichen in Bund und Kantonen auf, die lancierten Ideen und Anstösse aufzunehmen und in dieser Richtung tätig zu werden. Die FDP-Frauen werden sich bei der Umsetzung, wie bereits beim Mutterschaftsurlaub, an vorderster Front engagieren. ■

Anzeige



Christa Markwalder, Nationalrätin

« Mehr Leistung für unsere Steuerfranken. »

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

**FDP**

Freisinnig-Demokratische Partei

JA zur NFA am 28. November!

## Die 6 Zukunftsprojekte von Stans

### Die verabschiedeten Forderungen im Überblick

An der Liberalen Landsgemeinde in Stans haben die Anwesenden die von der Geschäftsleitung der FDP Schweiz vorgeschlagenen Projekte ohne grosse Änderungen unterstützt. Mit einigen sehr engagierten Voten haben Einzelne ihre persönliche Meinung zu einzelnen Themen vorgebracht. Es war sicherlich nicht für alle gleich einfach, vor dieser imposanten Kulisse ein persönliches Votum abzuhalten! Umso mehr ist ihnen für das engagierte Auftreten zu danken.

Folgende Projekte wurden für die weitere Bearbeitung unterstützt (gemäss Vorschlag der Geschäftsleitung der FDP Schweiz):

#### 1. Projektkorb «Zeitgemässe Gesellschaftspolitik»

■ Schulharmonie und Tagesschulen – von den Besten lernen (modifiziertes Projekt 01/02)

Mit einer Bildungsoffensive werden die Lehrpläne aller Schulstufen harmonisiert. Unterrichtsmaterial und Lernziele sollen in der ganzen Schweiz identisch sein. Es werden einheitliche Bewertungssysteme (Noten) für alle Schülerinnen und Schüler und eine Qualitätssicherung eingeführt. Gleichzeitig ist das Angebot an Tagesschulen in der ganzen Schweiz zu verdichten. Durch eine effiziente Stundenplangestaltung, vermehrte Präsenz der Lehrpersonen, den Einbezug der Eltern und der Wirtschaft lassen sich die Mehrausgaben für die öffentliche Hand gering halten.

■ Anders steuern – Individual- statt Gemeinschaftsbesteuerung (Projekt 11)

Die Realisierung der Gleichstellung von Mann und Frau ist ein urliberales Postulat. Was im Ehe-recht mit dem neuen ordentlichen Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung und in der AHV mit der vom Zivilstand unabhängigen Rente eingeführt worden ist, wird mit dem System der Individualbesteuerung konsequent fortgesetzt. Nach

diesem Modell zahlt jede Person unabhängig von ihrem Zivilstand aufgrund ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit Steuern. Es ist liberal, weil sich der Fiskus nicht darum kümmert, in welcher Form die Menschen zusammenleben und wie sie die verschiedenen Verpflichtungen untereinander aufteilen. Und es ist liberal, weil es Frau und Mann als selbständige Persönlichkeiten anerkennt.

Ergänzung durch Landsgemeinde: Beibehaltung der bisherigen Regelung für Haushalte mit betreuungspflichtigen Kindern.

■ Arbeit vor Sozialleistungen – Arbeit muss sich lohnen (Projekt 15)

Aus Sicht der FDP müssen Sozialhilfe, Fürsorge und Invalidenversicherung so funktionieren, dass Personen mit einer (Teilzeit-)Beschäftigung auf jeden Fall besser gestellt sind als Personen, die sich in keiner Weise beruflich betätigen und zu 100% von Sozialleistungsgeldern abhängig sind. Lösungsansätze sind unter anderem im Bereich der Ergänzungsleistungen zu finden. Beschäftigungsanreize verhelfen zu einer schnelleren und erfolgreicherem Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Die aufgrund einer Krankheit oder Behinderung zu 100% arbeitsunfähigen Personen dürfen in einem solchen System jedoch

nicht diskriminiert werden.

#### 2. Projektkorb «Chancengerechte Wachstumspolitik»

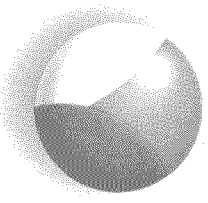
■ Destination Wettbewerb – die Hochpreisinsel verlassen (Projekt 05) «Destination Wettbewerb» ist ein umfassendes Paket von Massnahmen und Programmen, welche die verbleibenden noch geschlossenen Märkte für internen Wettbewerb und für Importe öffnen. Die FDP eröffnet den Kampf für faire Preise in der Schweiz. Ergänzung durch Landsgemeinde:

Konsumentenfreiheit – kaufen wann, wo und wie es beliebt (Projekt 06) Die Konsumentenfreiheit



Stans, 12. 9. 2004: Per Handmehr verabschieden die Landsgemeindeteilnehmer die einzelnen Projekte.





soll neu als verfassungsrechtlich geschützte Grundfreiheit gewährleistet werden. Sie umfasst insbesondere den ungehinderten und freien Zugang zum globalen Angebot aller Güter und Dienstleistungen. Jede und jeder soll selber bestimmen, wo und wie sie/er einkaufen will. Selbstverständlich soll das Gesetz Ausnahmen bezeichnen können. Die FDP nimmt hier die Sicht der Bürgerin und des Bürgers als Konsumentin und Konsument ein und gewichtet deren Interessen höher als Produzenten-, Lobby-, Kartell- und Monopolinteressen.

■ **Einfach steuern – Durchblick im Steuerdschungel** (Projekt 10)

Das Steuersystem der Schweiz soll radikal vereinfacht werden. Mit den bereits vielfach vorhanden Informationsquellen und amtlich erfassten Daten über jede Bürgerin und jeden Bürger muss es möglich sein, die notwendigen Steuerdaten auf einer Seite abzubilden. Gleichzeitig muss für alle Bürgerinnen und Bürger sofort ersichtlich sein, welcher Betrag für das aktuelle Steuerjahr geschuldet ist. Es kann nicht mehr toleriert werden, dass Einzelne jahrelang auf eine definitive Veranlagung warten müssen. Für Erwerbstätige mit Lohnausweis ist das Einkommen an der Quelle zu besteuern.

■ **Subventionsabbau – reduzieren statt zelebrieren** (Projekt 21)

Um künftig auf eine breit angelegte Eindämmung

der Subventionen hinzuwirken, müssen gesetzliche Richtlinien geschaffen werden. Diese legen fest, dass Subventionen befristet und degressiv ausgestaltet werden. Die Gewährung von Subventionen soll nur zulässig sein, wenn Zwecke, die in besonderem öffentlichem Interesse liegen, ohne Subventionen nicht oder nicht ausreichend erfüllt werden können. Subventionen müssen künftig auf begründete Ausnahmen beschränkt werden und dürfen nicht mehr die Regel sein. Deshalb muss vor der Vergabe einer Subvention deren Zulässigkeit, die Empfänger, die Höhe, die Befristung und die Degressivität der Subvention genau dargelegt werden. Das gilt auch für jede Veränderung oder Verlängerung einer Subvention.

**Weiteres Vorgehen**

Zu den ausgewählten Projekten werden nun konkrete Vorschläge erarbeitet, in welcher Form und mit welchem Inhalt diese konkret umgesetzt werden könnten. Für jedes Projekt sind verschiedene Instrumente mit entsprechend unterschiedlichen Voraussetzungen und Abläufen denkbar.

Diese Arbeiten werden in den nächsten Wochen und Monaten weitergeführt und den zuständigen Parteigremien, wiederum nach Beschluss der Geschäftsleitung, zu gegebener Zeit zur Entscheidung vorgelegt.

Über den jeweiligen aktuellen Stand der Dinge werden Sie auf [www.avenir-radical.ch](http://www.avenir-radical.ch) laufend informiert.

**«Ich dachte, ich sei im falschen Film!»**

**Die Ombudsstelle DRS hat die Beschwerde des Präsidenten der Baslerbieter FDP, Peter Tobler, gegen die Berichterstattung der «Tagesschau» von SF DRS vom 12. September 2004 über die FDP-Landsgemeinde in Stans gutgeheissen und die Beanstandung als berechtigt bezeichnet. Bereits zuvor hatte sich das Schweizer Fernsehen in einem Brief an die FDP Schweiz für seine Fehlleistungen bei der Berichterstattung entschuldigt.**



Peter Tobler

«Ich dachte, ich sei im falschen Film!», so hat ein Teilnehmer an der FDP-Landsgemeinde seine Reaktion beschrieben, als er am Abend die Berichterstattung über diesen Anlass in der «Tagesschau» sah. Er selbst hatte einen gelungenen Anlass mit einer klaren und positiven

Botschaft erlebt, und mit einem Auftrag der Landsgemeinde, 6 der 21 «Avenir radical»-Projekte beschleunigt und den Rest im Rahmen der begonnenen Revision des Parteiprogramms zu behandeln. In der Fernsehberichterstattung wurde dies etwa als «Abhalfterung des liberalen Flügels der FDP», als «Begräbnis des Projektes «Avenir radical»», und als «Marsch nach rechts unter (dem neuen Parteipräsidenten) Schweizer» abgehandelt. Wegen dieser völlig fehlten Berichterstattung hat sich der Präsident der FDP Basel-Landschaft, Peter Tobler, bei der Ombudsstelle DRS schriftlich beschwert.

Sowohl die Ombudsstelle als auch das Schweizer Fernsehen selbst (in einem Brief an die FDP Schweiz) haben die Rüge als berechtigt akzeptiert.

Für die FDP Baselland und die FDP Schweiz war es wichtig, dass das von SF DRS gezeichnete Zerbild der FDP und des Anlasses in Stans nicht unwidersprochen geblieben ist. Dies ist nun geschehen.

Offen bleibt jetzt nur noch die Orientierung der Zuschauer über das, was in Stans tatsächlich geschehen ist, damit sich diese eine eigene, unabhängige Meinung darüber bilden können, wie es das Gesetz verlangt.

**Veranstaltungen**

**Termine**

**1st World Freedom Day**

**9. November 2004, 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr**

Grosser Zunftsaal des Zunfthauses zur Zimmerleuten, Limmatquai 40, 8001 Zürich

Gemeinsame Veranstaltung des Liberalen Instituts, der FDP Schweiz, der FDP des Kantons Zürich und der FDP der Stadt Zürich

Zusammen mit vielen anderen in der ganzen Welt möchten wir den 15. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer begehen. Folgende Referenten werden nach einer Einführung durch Ulrich Pfister, Präsident des Stiftungsrates des Liberalen Instituts, aus aktuellem Anlass sprechen:

- Prof. Dr. Victoria Curzon-Price, Professorin für Ökonomie an der Universität Genf und Präsidentin der Mont Pelerin Society (Referat in Englisch)
- Dr. Andreas Oplatka, ehemaliger Auslandsredaktor der NZZ
- Dr. Urs Egger (angefragt), Präsident der FDP der Stadt Zürich

Musikalische Umrahmung durch das «Ensemble Clarino»



## «Werkspionage» in Deutschland

### Die jfs im hohen Norden Deutschlands zu Gast

Die jungfreisinnigen schweiz (jfs) pflegen seit geraumer Zeit eine freundschaftliche Beziehung zu unserer Partnerorganisation in Deutschland. Gegenseitige Besuche – unter anderem der Besuch der Deutschen an der Glarner Landsgemeinde – bedeuten neben dem Gedankenaustausch über die jeweiligen Länder immer auch eine gute Portion «Werkspionage».

Von Armin Camenzind,  
Vorstandsmitglied  
jungfreisinnige schweiz  
(jfs), Littau LU

Fragen unter dem Gedanken: «Was könnten wir denn bei uns auch noch übernehmen» bringen sowohl unsere deutschen Kolleginnen und Kollegen wie auch uns stets auf gute Ideen.

#### Lübeck – Hansestadt mit symbolischer Wirkung

Die Jungen Liberalen Deutschlands (JuLis) luden übers Wochenende vom 15. bis 17. Oktober 2004 zu ihrem programmatischen Bundeskongress (BUKO) ein. Dieses Mal fand der BUKO in Lübeck-Travemünde statt. Lübeck war früher die Handelsstadt schlechthin. Unzählige bedeutende Bauwerke zeugen noch heute vom damaligen Reichtum. Früher war es vor allem der Handel, welcher für die Bevölkerung wichtig war, heute



Armin Camenzind

sind die Fährverbindungen nach Skandinavien ein wichtiger Einkommenszweig.

Unser Hotel, direkt am Strand und der Mündung der Trave gelegen, war also ein sehr guter Ort, um liberale Gedanken zu spinnen und – wie die Handelswaren früher – diese Gedanken in den deutschen Landen zu verbreiten.

#### Demographische Probleme auch in Deutschland

Der Leitantrag des Bundesvorstandes liess einiges erhoffen: «Wie machen wir Deutschland fit für den demographischen Wandel». Aktueller konnte die Problematik auch für uns kaum sein. Es wurde heftig debattiert, und erstaunlicherweise kamen bei der Debatte praktisch dieselben Argumente hervor, welche auch wir von unserem politischen Schlagabtausch her kennen.

#### Kulturaustausch darf nicht zu kurz kommen!

Selbstverständlich durfte aber auch das Kulturelle an

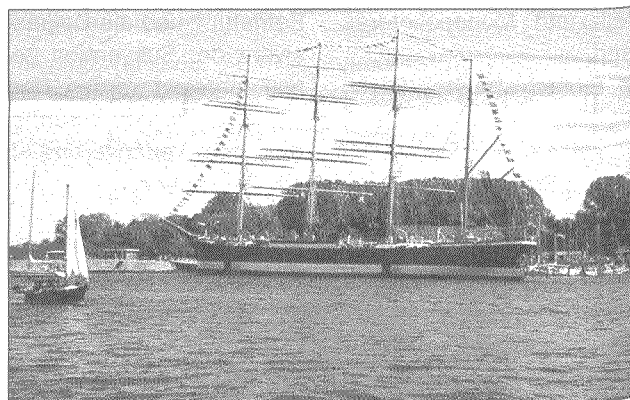
diesem BUKO nicht zu kurz kommen. So hatten wir die Möglichkeit, am Samstagnachmittag die Hansestadt Lübeck zu besichtigen. Auf einer spannenden Schifffahrt konnten wir einiges über die Stadt und die Region kennen lernen.

Selbstverständlich durfte auch die berühmte «JuLis-Party» am Samstagabend nicht auf unserem Programm fehlen. Die lockere Stimmung bei Speis und Trank gab uns die Möglichkeit, mit unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen in Kontakt zu treten. Ein Thema erschien im politischen Bereich stets an oberster Stelle: Wir waren des öfteren mit der Frage konfrontiert, weshalb denn die Schweiz nicht der EU beitreten würde. Die Antwort konnten wir natürlich nur mit der «Systemfrage» erläutern. Das System der direkten Demokratie lässt sich wohl nur sehr schwer mit jenem der EU vereinbaren. Erstaunt mussten wir dann jeweils feststellen, dass die wenigsten wussten, wie unsere Schweizer Demokratie überhaupt funktioniert.

Am Sonntag war der Fraktionschef der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Gerhardt, bei den JuLis zu Gast. Er äusserte sich in einer Grundsatzrede zur allgemeinen politischen Lage Deutschlands. Daraufhin stand er den teilweise (sehr) kritischen Fragen der Delegierten zur Verfügung. Doch leider war dann schon bald wieder Zeit für uns, den Weg Rich-



Viel fotografierte Ansicht: Der Markt von Lübeck mit dem historischen Rathaus.

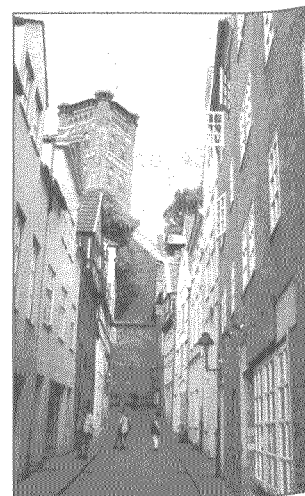


Die SS Passat am Liegeplatz am Priwallhafen in Travemünde, unserem Tagungsort.

tung Flughafen Hamburg anzutreten und mit einem rot-weissen Flugzeug nach Hause zu fliegen.

Beim Besuch wurde von beiden Seiten der Wunsch bekräftigt, die gemeinsame Ideensammlung zu erweitern und diese in Form eines gemeinsamen Weiterbildungskurses zu präsentieren.

Wir hoffen, dass sich aus diesen Beziehungen weiterhin eine gute Zusammenarbeit ergibt. Denn häufig liegen die Unterschiede wirklich nur in der «Systemfrage». ■



Backsteinfassaden und Kirchen sind typische Vertreter der Hansestadt Lübeck als Weltkulturerbe.

## Darum ein klares Ja der FDP!

wagt sich unpolitisch auf das hohe Seil	dank Forschung wird man auch neue heilen	rast bald wieder durch Eiskanäle		ob im Meer oder in der Wanne, es erfrischt			wo Löwen Zebras jagen	Grundbausteine des Lebens (o. Knastes)	singt stimmlich im tiefen Keller	Schweigers Kanton tönt gut im Zeugnis		die NFO sichert sie dem Bund weiterhin
					3		steckt im Zellkern Goethes Adler					2 Naamlooze Vennootschap, die AG der NL
		gehört zu den grossen Impressionisten		englischer Handel kämpft für NFA u. NFO				sehen das Licht d. Welt Madames Knoblauch				
macht alles noch älter			4 wird dem Schlüssel nicht rasiert	5 wo die Schönen u. Reichen wohnen				8			Ultra-Violett französische Mitte	
Preis für den Frieden oder grosse Forscher									1 so ist gut auch ein Gutschein			Eingriffe ins Erbgut
Schusswaffe in der Gauner-sprache							7 markiert holländische Wohnwagen			Dom, Eiger oder Mönch sie wählte den Schlieier		14
ist dank der Medizin heute ersetzbar					6							
	10			knappe Pensionskasse					welscher FDP-Bundesrat 1955-66			11 sein Name wurde zum elektrischen Mass
Möbel mit Weichteilen Moral auch f. Forscher		musikalischer Ohrwurm	Gabe der Isis als Männername							Buch der Evangelien Partei- und Ampelfarbe feste Partnerschaft festgelegte Zeiträume		
wird bald wieder von Scheiben gekratzt				15 CH Mitglied, mancher auch gegen den NFA			ohne Gewähr jüngstes Leben	jurassischer Freiheitsbock			römisch 1100 Anfang und Ende v. Tanz	
							darüber wird am 28. Nov. auch entschieden	Start ins Leben auf Deutsch auch u.s.w.			18	17 Integrierte Produktion, kurz gefasst
alt und darum oft auch wertvoll	manchmal bis ziemlich häufig	schachstarke Figur Schweiger b. Kollegen						Hoffnung für Kranke so staunt der Laie				
Dorf im Waadtland							Couchepins Tische macht Lucia heilig		9		Formelfaktor f. Kreise läuft eher in Australien	
Entwicklungsstufen dank der Forschung	12											wird mit o ein russischer Strom
			Bündner Rätsel-Piz	13				Jemens KFZ-Schild		so hiess Gnägis Departement		
macht deutsches Privatfernsehen	auch die FDP will sie wieder neu festlegen											19
												20

Ein Skiweekend in Saas Fee gefällt?  
**Rätsel lösen, Lösungswort einsenden und schon halb gewonnen!**

**1. + 2. Preis**  
 je ein Gutschein im Wert von Fr. 250.-, einlösbar im Hotel Garni \*\*\* ARTEMIS in Saas Fee.

**3. Preis**  
 1 FDP-Holzschirm

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 22. November 2004 eine Postkarte mit dem Lösungswort und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP  
 z. H. Stefan Nobs  
 Postfach 6136  
 3001 Bern

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Redaktion bedankt sich beim Hotel Garni \*\*\* ARTEMIS in Saas Fee für die freundliche Preisspende.

## Heilung dank...

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

## Verein «Freunde der FDP» gegründet

### Namhafte Wirtschaftsvertreter manifestieren Verbundenheit mit FDP

**Führungskräfte aus der Schweizer Wirtschaft haben den Verein «Freunde der FDP» gegründet. Dieser Verein wird die FDP Schweiz ideell und materiell unterstützen. Mitglieder des Vereins können natürliche oder juristische Personen werden, die eine starke und erfolgreiche FDP wollen.**

Im Rahmen des traditionellen jährlichen Wirtschaftsmeetings der FDP Schweiz in Bern ist der neue Förderverein «Freunde der

FDP» einem interessierten Kreis von der FDP nahe stehenden Führungskräften vorgestellt worden. Der Verein «Freunde der FDP» soll dem Dialog zwischen der FDP Schweiz und der Wirtschaft dienen. Er wird Anliegen der FDP Schweiz ideell und materiell unterstützen, Expertise in wirtschaftlichen Fragen zur Verfügung stellen und den Meinungs austausch fördern zwischen Vertretern der Wirtschaft, die der FDP verbunden sind. Der Verein nimmt Führungskräfte, Un-

ternehmen, Verbände, Vereine und andere natürliche oder juristische Personen mit Interessen an einer starken, erfolgreichen FDP Schweiz als Mitglieder auf. Zu den Gründungsmitgliedern des Vereins gehören: Peter Wuffli (Präsident), Rolf Dörig (Vizepräsident), Peter Athanas (Quästor), Peter Gomez, Thomas Knecht, Arthur Bolliger, Walter Kielholz, André Kudelski, Peter Quadri, Andreas Schmid, Ernst Tanner, Franziska Tschudi, Daniel Vasella, Kaspar Villiger und

Erich Walser. Präsident Peter Wuffli äusserte sich zum Hintergrund der Vereinsgründung: «Die Vereinsmitglieder möchten ihren Beitrag zur Stärkung der FDP Schweiz leisten. Denn sie sind überzeugt, dass die Schweiz mit freisinnig inspirierten Lösungen die wichtigen Chancen packen und Herausforderungen meistern kann.» Vizepräsident Rolf Dörig fügte hinzu: «Mit dem Verein wird der Dialog zwischen Vertretern der Wirtschaft und der FDP auf

eine institutionelle Basis gestellt.» Die als Gründungsmitglieder des Vereins zusammengeschlossenen Persönlichkeiten engagieren sich als politisch interessierte Privatpersonen für die FDP Schweiz. Der Förderverein «Freunde der FDP» wird in den nächsten Wochen und Monaten bei Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft gezielte Mitgliederwerbung durchführen. ■

Veranstaltungen

### Termine 2005

**15. Januar**

Delegiertenversammlung, Solothurn

**15./16. April**

o. Delegiertenversammlung, Mendrisio

**25. Juni**

Delegiertenvers. FDP und Liberale Partei

**20. August**

Delegiertenversammlung, Kanton ZH

**3./4. September**

FDP/LPS/jf-Sommeruniversität

**22. Oktober**

Delegiertenversammlung, Kanton VD

### And the winner is...



Léonard Bender (links) und Lise Cretton

Das letzte Preisrätsel stand ganz im Zeichen unseres Parteipräsidenten Rolf Schweiger. So lautete das Lösungswort denn auch ZUGER FDP-STAENDERAT.

Anlässlich der FDP-Delegiertenversammlung in Martigny zog die Freundin von FDP-Vizepräsident Léonard Bender, Lise Cretton, aus den 212 richtigen Einsendungen folgende glücklichen GewinnerInnen:

**1. Preis: 1 Übernachtung mit Halbpension für 2 Personen in einem schönen 3\*\*\*-Hotel in Martigny**

Pia Gasser  
Hanfländerweg 5  
7023 Haldenstein GR

**2. Preis: 1 FDP-Portefeuille**

Rina Schlumpf  
Albisstrasse 46  
6312 Steinhausen ZG

**3. Preis: 1 FDP-Mini-Schirm**

Dorli Becker-Hediger  
Gugelweg 24  
5103 Möriken AG

### Korrigendum aus Nr. 8/04

Bei der Fotoberichterstattung von der FDP-Kadertagung in Stans ist der Redaktion in einer Bildlegende ein Fehler unterlaufen. Selbstverständlich ist Ursula Junker (Nr. 8/04: Seite 9, Bild Mitte links) Sekretärin der FDP des Kantons Schaffhausen. Die Redaktion bittet um Entschuldigung.



# Mehr Sicherheit dank Schengen

## Worum es bei Schengen geht

Am 26. Oktober wurden die Bilateralen Abkommen II mit der EU in Luxemburg unterzeichnet. Sie müssen nun vom Parlament und für einzelne dieser Abkommen – sofern dagegen das Referendum ergriffen wird – auch vom Volk genehmigt werden. In einer Serie stellt der «Freisinn» die neun Abkommen vor. In dieser Ausgabe finden Sie den Teil Schengen des Dossiers «Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration (Schengen/Dublin)». Der Teil Dublin wird in der nächsten Ausgabe behandelt.

nob. Mit den Übereinkommen von Schengen hat die EU die Personenkontrollen an den Binnengrenzen abgebaut. Zum anderen wurden umfangreiche Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit beschlossen:

- Verstärkung der Grenzkontrollen an den EU-Ausgangsgrenzen
- Gemeinsame Visumpolitik für Kurzaufenthalte von max. 3 Monaten
- Verbesserung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit insbesondere durch Informationsaustausch über gesuchte oder unerwünschte Personen

■ Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strafjustiz

### Ohne Informationen sind Kontrollen zwecklos

Aus Schweizer Sicht fehlt heute insbesondere die europaweite Zusammenarbeit auf der Basis des modernen elektronischen Fahndungssystems SIS. Das SIS ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen das grenzüberschreitende Verbrechen (z.B. Schleppertum, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel) – eine Überzeugung, die auch die Vereinigung der schweizerischen Kripo-

Chefs teilt. Im Falle eines Alleingangs riskiert die Schweiz zur europäischen Sicherheitslücke zu werden, weil ihr ein Zugang zu den aktuellsten europäischen Fahndungsdaten fehlt. Denn ohne entsprechende Informationen vermögen auch die besten Kontrollen wenig auszurichten.

### Weiterhin Grenzkontrollen

Durch Schengen werden lediglich die systematischen, verdachtsunabhängigen Personenkontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft. Für die Schweiz wird sich bei einem Schengen-Beitritt wenig ändern; ein effizientes Dispositiv für Personenkontrollen kann beibehalten werden:

- Weil die Schweiz nicht Mitglied der EU-Zollunion ist, werden Warenkontrollen nach wie vor durchgeführt.
- Liegt ein polizeilicher Verdacht vor, sind auch warenunabhängige Personenkontrollen an der Grenze auch im Schengenraum jederzeit möglich.
- Anstelle der bisherigen statischen Kontrollen an der Grenzlinie finden diese unter Schengen mobil im Landesinnern statt (z.B. im grenznahen rückwärtigen Raum). Die Schweiz setzt bereits heute 40% ihrer Grenzwächter mobil im grenznahen Raum ein. Ein Grund ist, dass solche mobilen Kontrollen dank des Überraschungseffekts effizienter sind als statische Kon-

trollen an Grenzübergängen. Personenkontrollen an der Grenze werden heute wegen des grossen Verkehrsaufkommens nur noch vereinzelt durchgeführt: Von den täglich 700 000 Grenzübertritten in der Schweiz werden lediglich 1–3% eingehend kontrolliert.

■ In besonderen Risikosituationen (G8, WEF, Fussball-EM usw.) können auch unter Schengen systematische Personenkontrollen wieder eingeführt werden.

■ Die verfassungsmässige Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen im Polizeibereich bleibt in jedem Fall gewahrt.

### Bankgeheimnis gewahrt

Schengen verbessert und erleichtert die Rechtshilfe in Strafsachen, also auch die Rechtshilfe bei Steuerdelikten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, in welchem Umfang die Schweiz im Fiskalbereich Rechtshilfe leisten soll.

Durch den aktuellen Schengener Rechtsbestand erwachsen der Schweiz im Bereich direkter Steuern keine Verpflichtungen, die über das hinausgehen, was sie heute bereits leistet. Damit das Bankgeheimnis auch bei einer allfälligen Weiterentwicklung des Schengen Acquis in Bezug auf die Rechtshilfe bei direkten Steuern gewahrt bleibt, hat die Schweiz mit

der EU folgende Sicherheiten ausgehandelt:

■ Für den Fall, dass durch eine Weiterentwicklung des Schengen Acquis bei den direkten Steuern das Prinzip der doppelten Strafbarkeit (Delikt muss in beiden Staaten gleichermaßen strafbar sein) aufgehoben und damit auch bei Steuerhinterziehung eine Rechtshilfe-Verpflichtung entstehen sollte, gewährt die EU der Schweiz eine unbefristete Ausnahme. Damit ist das Bankgeheimnis bei direkten Steuern auf Dauer vertraglich gesichert.

■ Das Spezialitätsprinzip wird garantiert und sorgt dafür, dass die im Rahmen eines Rechtshilfesuchs ausgetauschten Daten nur für jenes Verfahren verwendet werden, für das sie angefordert wurden.

### Was bringt Schengen?

■ Sicherheitsgewinn durch verstärkte grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit und namentlich durch den Anschluss an das elektronische Fahndungssystem SIS.

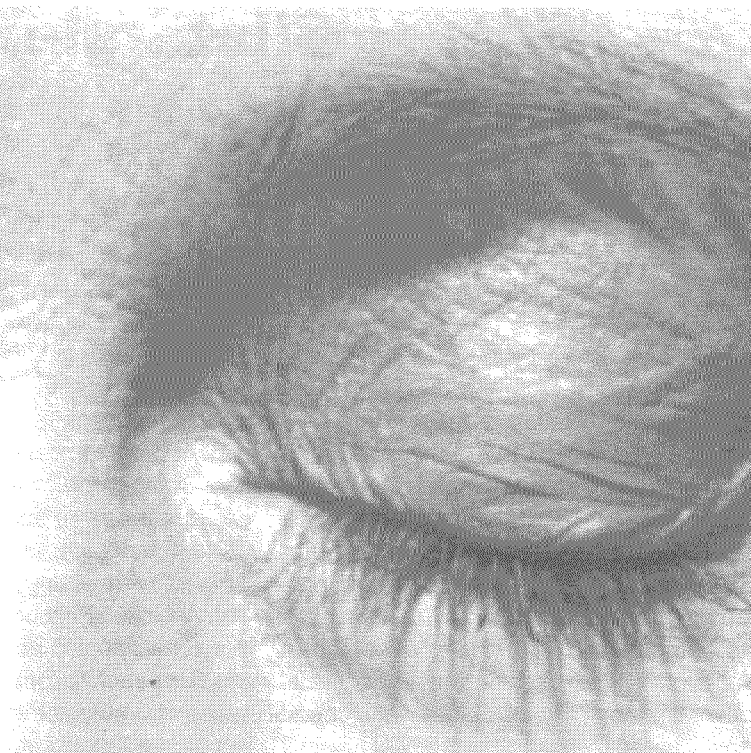
■ Mehrwert für den Tourismus: Dank der gemeinsamen Visumpolitik und dem «Schengen-Visum» für Aufenthalte bis zu drei Monaten brauchen visumspflichtige Touristen aus Wachstumsmärkten wie China, Indien oder Russland für die Schweiz künftig kein Zweitvisum mehr wenn sie nach Europa reisen.

■ Absicherung des Bankgeheimnisses: Dank einer Spezialregelung bleibt das Bankgeheimnis für die Schweiz gewahrt. ■



Bereits heute werden Grenzkontrollen im grenznahen Raum durchgeführt: Tessiner Grenzwachter kontrollieren im April 2004 bei Chiasso ein vorbeifahrendes Fahrzeug.

Bild: KEY



Multiple Sklerose ist heute nicht heilbar.

Doch es besteht Hoffnung.  
**Dank Stammzellenforschung.**

## **Folgende FDP-Parlamentarier sagen Ja zum Stammzellenforschungsgesetz**

Abate Fabio  
Bezzola Duri  
Briner Peter  
Brunschwig Graf Martine  
Bühner Gerold  
Burkhalter Didier  
Christen Yves  
Dupraz John  
Egerszegi-Obrist Christine  
Eggly Jacques-Simon  
Engelberger Eduard

Favre Charles  
Forster Erika  
Fluri Kurt  
Germanier Jean-René  
Glasson Jean-Paul  
Guisan Yves  
Gutzwiller Felix  
Gysin Hans Rudolf  
Heberlein Trix  
Hegetschweiler Rolf  
Hess Hans

Ineichen Otto  
Kleiner Marianne  
Langenberger Christiane  
Leumann-Würsch Helen  
Leutenegger Filippo  
Markwalder Bär Christa  
Müller Walter  
Noser Ruedi  
Pelli Fulvio  
Pfisterer Thomas  
Randegger Johannes

Sadis Laura  
Saudan Françoise  
Schiesser Fritz  
Schneider Johann N.  
Schweiger Rolf  
Steiner Rudolf  
Theiler Georges  
Triponez Pierre  
Vaudroz René  
Weigelt Peter

Bereits heute werden Stammzellen in der Medizin erfolgreich eingesetzt. Doch ist erst ein Anfang gemacht. Es besteht die Hoffnung, dass eines Tages Querschnittslähmungen behoben, durch einen Herzinfarkt geschädigte Herzen repariert und Krankheiten wie Parkinson und Diabetes wirksamer behandelt oder geheilt werden können.

Mit einem Ja zur Stammzellenforschung geben Sie kranken Menschen neue Hoffnung.

Mehr Informationen: [www.stammzellenforschung-ja.ch](http://www.stammzellenforschung-ja.ch)

Am 28. November

**Ja** • zum Stammzellen-  
forschungsgesetz  
• zum medizinischen  
Fortschritt